

Hiermit bestätigt das Übersetzungsbüro Bilingua, dass die vorstehende Übersetzung vollständig mit dem Text der Originalurkunde übereinstimmt.



/Staatswappen Ungarns/

REGIERUNGSAMT DES KOMITATS VAS

Aktenzeichen: VA/KTHF/29-2/2025

Sachbearbeiter: Péter Szalai
Viktória Csuha
István Pernyész
Eszter Ágota Katavics
Zsófia Szanyi
Dr. Veronika Monostori
Telefon: 70/705-12-11

Betr.: Änderung der einheitlichen

Umweltnutzungsgenehmigung Nr. VA/KTHF/230-34/2024 für das Gelände der ZERO WASTE GROUP Kft. auf dem Parzelle Nr. 0146/5. 0146/6, 9685 Szemenye

BESCHLUSS

Hiermit wird die für die ZERO WASTE GROUP Kft. (9685 Szemenye, 0146/5. Parzellenzahl, im Weiteren: Genehmigungsinhaber) aufgrund des von Herrn Rechtsanwalt Dr. Péter Reichert (8000 Székesfehérvár, Koronázó tér 1.) im Namen des Genehmigungsinhabers gestellten Antrags auf Erteilung der einheitlichen Umweltnutzungsgenehmigung Nr. VA/KTHF/230-34/2024 für die auf dem Grundstück 0146/5; 0146/6, 9685 Szemenye ausgeübte Tätigkeit

geändert und in eine einheitliche Konstruktion

vorbehaltlich der nachstehend aufgeführten Bedingungen verfasst.

I.

Allgemeine Daten

Genehmigungsinhaber der einheitlichen Umweltnutzungsgenehmigung: Zero Waste Group Kft. (9685 Szemenye, Parzellenzahl 0146/5.)

ID des Zentralen Statistikamtes des Genehmigungsinhabers: 27331129-4677-113-19

Ort der Ausführung der Tätigkeit: Szemenye, Parzellenzahl 0146/5, 0146/6

Koordinaten des Schwerpunkts der Anlage (EOV): Y = 487579, X = 196948

Identifikationsnummer des Umweltkunden des Genehmigungsinhabers (KÜJ): 103715191

Umweltzonencode des Genehmigungsinhabers (KTJ): 103006735

Handelsregisternummer des Genehmigungsinhabers: Cg. 18-09-115571

Tätigkeiten, die mit einer einheitlichen Umweltnutzungsgenehmigung durchgeführt werden können

TEÁOR 3821 '08 - Behandlung und Beseitigung nicht gefährlicher Abfälle

TEÁOR 3821 '08 – Recycling von Abfällen

Gemäß Anhang 2, Punkt 5.3. b) der Regierungsverordnung Nr. 314/2005 (XII.25.) über die Umweltschutzprüfung und das einheitliche Umweltnutzungsgenehmigungsverfahren (im Weiteren: Verordnung) die Gesamtheit der Verwertungs-, Wiederverwertungs- und Beseitigungstätigkeiten von nicht gefährlichen Abfällen, die eine Kapazität von 75 Tonnen pro Tag überschreiten, entsprechend einer oder mehrerer der folgenden Tätigkeiten und unter Ausschluss von Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich der Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser fallen:

KÖRNYEZETVÉDELMI, TERMÉSZETVÉDELMI ÉS HULLADÉKGAZDÁLKODÁSI FŐOSZTÁLY

/Hauptabteilung für Umweltschutz, Naturschutz und Abfallwirtschaft/9700 Szombathely, Vörösmarty Mihály utca 2. - 9702 Szombathely, Pf. 38 -- Tel.: +36 94 506-700

E-Mail: zoldhatosag@vas.gov.hu -- KRID: 401253775 - Webseite: www.kormanyhivatalok.hu



Agence de Traduction
Translation Agency
Übersetzungsbüro
BILINGUA
Fordítóroda Bt.
1131 Budapest
Madarász Viktor utca 13/4
bilingua.hu, info@bilingua.hu

- ba) biologische Behandlung,
- bb) Vorbehandlung von Abfällen zur Verbrennung oder Mitverbrennung,
- bc) Behandlung von Schlacke und Asche,
- bd) Behandlung von Metallschrott, einschließlich Elektro- und Elektronik-Altgeräten sowie Altfahrzeugen und ihren Bestandteilen, durch Hammerschredder.

Gemäß Punkt 5.3 bb) des Anhangs 2 der Verordnung erfolgt die Vorbehandlung der angelieferten Abfälle für die Herstellung von brennbaren Materialien und damit für die anschließende Verbrennung/Mitverbrennung ab einer Kapazität von 75 t/Tag.

Die genehmigte Tätigkeit besteht in der Sammlung, Vorbehandlung und Verwertung von nicht gefährlichen Abfällen gemäß Punkt IV.1 der Genehmigung auf der Niederlassung unter Szemenye, Parzellenzahlen 0146/5 und 0146/6.

Sammlung nicht gefährlicher Abfälle: G0001

Aufbereitungsverfahren für nicht gefährliche Abfälle für R12:

Physikalische Vorbehandlung, Umwandlung

- a) E02 - 03 Zerkleinern (Zerkleinern, Brechen, Schneiden, Mahlen);
- b) E02 - 05 Sortieren nach Form (Klassifizierung);
- c) E02 - 06 Sortieren nach Materialqualität (Klassifizierung);
- d) E02 - 16 Mischen;

Verwertung von nicht gefährlichen Abfällen:

- a) R1b - Verarbeitung zu einem Material, das als Brennstoff oder Kraftstoff verwendet werden soll
- b) R3 - Recycling, Rückgewinnung von organischen Materialien, die nicht als Lösungsmittel verwendet werden (einschließlich Kompostierung und anderer biologischer Umwandlungsverfahren, einschließlich Vorbereitung zur Wiederverwendung, Vergasung und Pyrolyse unter Verwendung von Bestandteilen als Chemikalien und Rückgewinnung von organischen Materialien in Form der Wiederauffüllung)

II.

Auf der Niederlassung ausgeführte Tätigkeit und deren kennzeichnenden Daten

Der Genehmigungsinhaber beabsichtigt, seine Tätigkeit auf dem gepachteten Gelände in Szemenye, Parzellen 0146/5 und 0146/6, auszuüben.

Nicht gefährliche Abfälle, die auf dem Gelände ankommen, werden nach einer Sichtkontrolle angenommen. Die notwendigen Verwaltungsaufgaben werden im Bürogebäude erledigt. Die Verwiegung erfolgt auf einer Brückenwaage mit automatischer Wiegesoftware. Auf der Niederlassung bestimmt der Schichtleiter den Ort, an dem die ankommenden Abfälle (Rohstoffe) deponiert werden sollen. Die Abfälle werden mit Hilfe von Lademaschinen transportiert.

Wenn der Ballen während des Transports oder der Handhabung auseinanderfällt, wird er in loser Schüttung in den Lagerbereich gebracht. Für die Lagerung der angelieferten Abfälle (Rohstoffe) steht im zentralen Teil des Geländes eine Fläche von 8.000 m² zur Verfügung. Da es sich bei einem erheblichen Teil der angelieferten und abgelagerten Abfälle um Folienabfälle handelt, die nicht nur nach der Ablagerung, sondern auch während der Vorzerkleinerung im Freien der Gefahr ausgesetzt sind, von starken Winden weit weggeweht zu werden, ist der Lager- und Außenumschlagsbereich der Niederlassung an mehreren Seiten durch 4,8 m hohe Betonwände geschützt. Darüber hinaus übernehmen Erdaufschüttungen in gewissem Umfang diese Funktion.

Die Abfälle werden zum Teil in einem betonierten Behandlungsbereich auf dem Hof und zum Teil in einem geschlossenen Prozessgebäude mit Betonboden auf dem Gelände behandelt. Die Abfälle werden kontinuierlich aus den Lagerbereichen zur Behandlung transportiert. Der Behandlungsbereich im Freien und die Prozesshalle nehmen immer so viel Abfall auf, wie zu einem bestimmten Zeitpunkt für die Behandlung benötigt wird. Die Behandlungstechnologie besteht darin, das auf dem Gelände gesammelte Material auf einer festen Oberfläche mit einer durchgehenden Abdeckung zu mischen und zu zerkleinern, nachdem es in der Behandlungshalle entsprechend der vorgesehenen Qualität sortiert wurde. Die Abfälle werden teils einzeln, teils gemischt dem Schredder oder der Mühle zugeführt, die in der Halle vor Ort und dem dazugehörigen überdachten Lagerbereich gelagert werden, sobald die gewünschte Größe (je nach den Vorgaben des Kunden) erreicht ist.

Der Abfall (Rohmaterial) wird mit einem Teleskoplader in den Vorbrecher im Außenbereich geladen. Der erste Vorbrecher für die Alternativtechnik ist der Lindner Meteor 2500, die Haupttechnik ist der Lindner Vorbrecher Jupiter 3200. Im Falle der Alternativtechnik wird nach der ersten Vorzerkleinerung im Außenbereich eine Absiebung und anschließend eine zweite Zerkleinerung mit dem Lindner Komet 1100 Brecher durchgeführt. Bei der Vorzerkleinerung wird auch eine Eisenabscheidung durchgeführt.

Der weitgehend metallbereinigte Abfall (Rohstoff) wird anschließend über ein Förderband zu einem Zwischenlager transportiert, das durch eine Betonwand vom Behandlungsbereich getrennt ist. Von hier aus wird der zerkleinerte, sortierte und weiter zu behandelnde Abfall (Rohstoff) mit Lademaschinen zum Aufgabetrichter in der Nähe der südlichen Ecke der westlichen Fassade des Prozessgebäudes transportiert, von wo aus er der Prozesslinie zur Nachzerkleinerung zugeführt wird.

Das Rohmaterial wird im Trichter auf ein Förderband gegeben, das es zu einem Sieb befördert. Während des Siebvorgangs wird das Material, das kleiner als 30 mm ist (mit einer ausreichend feinen Fraktion), auf eine Förderbandtrommel übertragen. Während des Siebvorgangs werden zunächst die Eisenmetalle von dem Material mit einer Größe von mehr als 30 mm (gröbere Fraktion) abgetrennt, und anschließend werden die anderen Metalle mit Hilfe einer Prozessanlage (Wirbelstromabscheider) abgeschieden. Anschließend klassiert der Windsichter NIHOT SDX 1400 das verbleibende Rohmaterial nach Größe und Gewicht (Abtrennung von Störstoffen, vor allem Beton, Stein und Glas). Das Rohmaterial, das bereits die richtige Zusammensetzung hat, wird anschließend durch den in der Halle installierten Lindner Komet 2800 HP (Nachzerkleinerer) geleitet, um die gewünschte Korngröße zu erreichen. Dieser zerkleinert die Kunststoffe, die noch größer als 30 mm sind, auf kleinere Größen.

Die Feinzerkleinerung sowie die vorangehende Siebung, die zweistufige Metallabscheidung und die Windsichtung finden innerhalb des Gebäudes bei geschlossenen Fenstern statt - auch nachts.

Nach den Vorgängen in der Halle durchläuft das fertige Produkt einen Wärme- und Funkenmelder, der ebenfalls der Sicherheit dient. Das im Prozessgebäude hergestellte Fertigprodukt wird über eine Rolle zwischen den beiden Gebäuden in die Lagerhalle befördert. Das fertige Produkt wird in Lagersilos mit Betonwänden in das dafür vorgesehene Lagergebäude (Planenhalle) transportiert. Aus den Silos wird das fertige Produkt mit Hilfe einer Lademaschine in Transportfahrzeuge verladen und dann mit Lastwagen mit einem Gesamtgewicht von etwa 18-22 Tonnen transportiert.

Am Ende des technischen Prozesses wird das entstandene Mahlgut (Fertigprodukt) an die Partner als Brennstoff in EBS-Qualität geliefert, nachdem es die Anforderungen der Norm MSZ EN ISO 21640:2021 erfüllt hat. Die EBS-Qualität des festen wiederverwertbaren Brennstoffs wird von einem akkreditierten Labor geprüft. Fällt am Ende des Prozesses brennbarer Abfall in EBS-Qualität an, wird er unter dem Identifikationscode 19 12 10 an einen zugelassenen Betreiber zur thermischen Verwertung weitergeleitet. Das Endprodukt (EBS- oder RDF 19 12 10-Abfall) wird in loser Schüttung in der Lagerhalle gelagert, möglicherweise in dafür vorgesehenen Silos, aber separat. Nach der Lagerung wird es zur thermischen Verwertung zu einem zugelassenen Betreiber (in der Regel ein Zementwerk) gebracht.

Persönliche Bedingungen

Am Standort sind 3 Büroangestellte und 12 manuelle Mitarbeiter in 3 oder 4 Schichten beschäftigt. Das Unternehmen beschäftigt 1 Hauptumweltmanager, der auch der Umweltbeauftragte ist.

Maschinenpark und Ausrüstung



Für die Vorzerkleinerung wurden zwei technologische Linien installiert: die Haupt- und die Alternativtechnologie.

Der Arbeitsablauf der Haupttechnologie findet im Freien:

- Lindner Vorbrecher Jupiter 3200
- Eisenabscheider
- Einlauftrichter
- Förderband

Arbeitsprozesse der alternativen Technologie im Freien:

- Lindner Meteor 2500 Vorbrecher
- SM-620 mobiles Trommelsieb
- Komet 1100 Nachzerkleinerer
- Förderband

Die beiden Technologien werden in einer sich gegenseitig ausschließenden Weise betrieben, da die Haupttechnologie im Wesentlichen in Betrieb ist, aber im Falle eines Ausfalls oder einer geplanten Wartung wird das Ausgangsmaterial an die alternative Technologie weitergeleitet. Das vorzerkleinerte Produkt wird in einem Zwischenlager gesammelt und von dort mit einer Lademaschine in das Prozessgebäude (Aufgabetrichter) geladen.

Die Trennung und Nachzerkleinerung findet im Technologiegebäude statt:

- Rost (Vibro)
- kombinierter Eisen- und Aluminiumtrenner
- Windsichter NIHOT SDX 1400
- Lindner Komet 2800 HP Nachzerkleinerer
- Förderband zum geschlossenen Fertigwarenlagergebäude

Die Rohstoffe und Fertigprodukte der gesamten Verarbeitungslinie werden zwischen den Lagerbereichen und dem Aufbereitungsbereich, zwischen dem Aufbereitungsbereich und dem Prozessgebäude sowie im neu errichteten Fertigproduktlager mit den folgenden Lademaschinen transportiert und verladen:

- Liebherr 538 Frontlader
- Liebherr T60-9s Teleskoplader
- Bobcat TL38.70HF-Teleskoplader
- JCB 560-80 WM-Teleskoplader
- HC CPCD35XW27F (Ballengreifer) Gabelstapler

Die Abfälle werden in Form von Ballen, Big-Bags oder Schüttgut in Betonlagerflächen mit einer Gesamtfläche von ca. 8.000 m² gesammelt, wie auf dem Lageplan angegeben. Für die Zwischenlagerung von Fertigprodukten stehen insgesamt 1620 m² zur Verfügung.

Gebäude, Bauwerke

Bestehendes Bürogebäude: Büro- und sozialen Räumlichkeiten.

Bestehendes Wirtschaftsgebäude: Lager- und Wartungswerkstatt.

Neues Technikgebäude: Hallengebäude in Stahlrahmenbauweise mit Sandwichpaneel-Verkleidung, in dem ein wesentlicher Teil der Abfallbehandlungstechnik untergebracht ist.

Neues Lagergebäude: Planengebäude in Stahlrahmenbauweise für die Lagerung von Fertigprodukten, einschließlich der Beladung von Lastwagen.

Lagerflächen für Rohstoffe: Auf dem Gelände gibt es im Wesentlichen 4 große betonierte Lagerflächen. Hier werden die angelieferten Rohmaterialien gesammelt und vor der Abfallbehandlung gelagert. Darüber hinaus gibt es einen Lagerbereich (Puffer) im Westen des Behandlungsbereichs für die Vorzerkleinerung, wo der teilweise verarbeitete Abfall nach der Vorzerkleinerung zwischengelagert wird. Die Lagerbereiche sind von einer 4,8 m hohen Betonmauer in U-Form umgeben, die aus 80 cm hohen Betonblöcken errichtet wurde.



Aufbereitungsbereich: Der betonierte Außenaufbereitungsbereich befindet sich im Nordwesten des Technologiegebäudes. Hier finden Vorzerkleinerung, Siebung und Metallabscheidung statt, und das Förderband bringt das Rohmaterial in das Zwischenlager im Westen. Der Aufbereitungsbereich ist wiederum von einer 4,8 m hohen Betonwand in U-Form umgeben, die aus 80 cm hohen Betonsteinen besteht. Die 4,8 m hohen Wände in den Lagerbereichen und dem Außenbehandlungsbereich dienen auch dazu, zu verhindern, dass kleine und leichte Materialien vom Wind verweht werden.

Tankstelle: Im zentralen Teil des Standortes wurde eine Tankstelle für die Versorgung von eigenen Fahrzeugen mit Kraftstoff eingerichtet. Dazu gehört ein oberirdischer Kraftstofftank mit einem Fassungsvermögen von 10 m³ mit einem Schadensschutzsystem.

Löschwassertank: Im Südosten der Tankstelle befindet sich ein Löschwassertank, der notwendig ist, weil die angelieferten Materialien manchmal nicht ganz homogen sind und Elemente oder metallische Partikel enthalten können, die das Rohmaterial bei der erheblichen physikalischen Beanspruchung durch das Vordrehen entzünden könnten.

Parkplätze: Auf beiden Seiten der Zufahrtsstraße in der Nähe der nördlichen Ecke des Geländes wurden Schotterparkplätze für insgesamt 10 Fahrzeuge angelegt.

Brückenwaagen: Die Brückenwaage für die Anlieferung der Fertigprodukte befindet sich in der Planenlagerhalle im Norden der Niederlassung. Die Brückenwaage für die Fertigprodukte ist in der zur Lagerung der Fertigprodukte dienenden Planenhalle untergebracht.

Erdaufschüttung: Windschutzdamm von ca. 4 m Höhe im Westen, Norden und Süden der Niederlassung. Die Böschungen werden auch dazu verwendet, um zu verhindern, dass der Wind kleine und leichte Materialien wegbläst.

Elemente der angewandte Technologie

Die mit der auszuführenden Tätigkeit verbundene Technologie wird zum Teil im Freien, zum Teil im Technologiegebäude und zum Teil im neuen Gebäude für die Lagerung von Fertigprodukten durchgeführt.

Auf dem Gelände gibt es grundsätzlich zwei verschiedene Betriebsarten. Die Verwertungstechnologie ist rund um die Uhr in Betrieb, mit einem parallelen Tagesbetrieb von 06:00 bis 17:00 Uhr für die Anlieferung der Abfallrohstoffe und die Auslieferung der Fertigprodukte.

Prozesse der Verwertungstechnik:

1. Anlieferung der Abfälle auf die Niederlassung mit Lastkraftwagen
2. Sammlung der eingehenden Abfälle an einer Lagerstätte
3. Transport der Abfälle von der Lagerstätte zum Vordrehbereich
4. Vorzerkleinerung
5. Eisenabscheidung
6. Transport der Abfälle über ein Förderband zum Zwischenlager hinter dem Behandlungsbereich
7. Transport der Abfälle aus dem Zwischenlager zur Dosieranlage neben dem Prozessgebäude und Einschütten in den Trichter durch die Lademaschine
8. Siebung (nach Abtrennung der Feinfraktion wird diese über ein Rollenband in das Fertigproduktlager befördert)
9. die gröbere Fraktion wird anschließend einer wiederholten Metallabscheidung in zwei Stufen unterzogen (Eisenabscheidung und anschließende Aluminiumabscheidung)
10. Luftabscheidung der gröberen Fraktion (Abscheidung von Inertstoffen wie Stein, Glas, Beton)
11. Nachzerkleinerung der gröberen Fraktion (auf Fertigproduktgröße)
12. Übergabe des Materials in Fertigproduktgröße aus der Prozesshalle in das Fertigprodukt-Lagergebäude mittels einer Förderschnecke
13. Verladung des Fertigprodukts auf Lastwagen im Lagergebäude
14. Auslieferung des Fertigprodukts aus dem Werk mit Lastwagen.

Punkt 1-7 der Technologie findet auf dem Hof statt, Punkt 8-11 im Technologiegebäude, Punkt 12 und 14 im neuen Lagergebäude, Punkt 12 zwischen dem Technologiegebäude und dem Lagergebäude mit einem geschlossenen Förderband.



Die Haupttechnologie besteht aus einem Außenvorbrecher (Lindner Jupiter 3200), bzw. dem dazugehörigen Magneten. In der Haupttechnologie wird das Außenlager mit vorgebrochenem, teilweise eisenhaltigem Material beschickt.

Wenn die Anlagen der Haupttechnik wegen Ausfall oder Wartung nicht in Betrieb sind, übernehmen die Anlagen der so genannten Alternativtechnik die Produktionsaufgaben im Außenbereich der Anlage. Im Falle der alternativen Technologie wird die Nachreinigung ebenfalls im Freien durchgeführt. Nach Vorzerkleinerung (Lindner Meteor 2500) und Eisenabscheidung erfolgt eine Siebung zur Abtrennung der Feinfraktion. Das Grobgut wird anschließend mit einem Nachbrecher (Lindner Komet 1100) auf die endgültige Größe zerkleinert.

Bei der Abfallbehandlung werden keine Zusatzstoffe verwendet. Unter normalen Umständen ist davon auszugehen, dass bei den Tätigkeiten am Standort feste Siedlungsabfälle sozialen Ursprungs anfallen. Am Arbeitsort werden die Siedlungsabfälle der Mitarbeiter in einem Container gesammelt und dann dem öffentlichen Dienstleister übergeben. Die MOHU Zrt. übernimmt die nicht gefährlichen Abfälle, die bei der Abfallverarbeitung anfallen. 5-10 % des eingehenden Rohmaterials sind Restabfälle aus der mechanischen Aufbereitung.

Im Laufe der Arbeiten entstehen keine gefährlichen Abfälle. Nur im Falle einer Havarie muss mit gefährlichen Abfällen gerechnet werden.

Personelle und finanzielle Voraussetzungen für die Tätigkeit

Der Genehmigungsinhaber verfügt über eine Haftpflichtversicherung für Verschmutzungsschäden.

Gemäß der Regierungsverordnung Nr. 681/2023 (XII. 29.) über die Modalitäten der finanziellen Sicherheit, der Sonderrücklagen und der Umweltversicherung im Zusammenhang mit der Abfallwirtschaft hat die GmbH eine finanzielle Sicherheit in Höhe von 5.000.000 HUF bei der Erste Bank Hungary Zrt. hinterlegt.

Auf der Niederlassung sind 3 Büroangestellte und 12 manuelle Arbeiter in 3 oder 4 Schichten beschäftigt. Das Unternehmen beschäftigt 1 Person Umweltmanager, der gleichzeitig auch Umweltbeauftragter ist.

III.

Auswirkungen der Tätigkeit auf die Umwelt

Lärmschutz

Die Hauptlärmquellen beim Betrieb der Anlage sind der Betrieb der Zerkleinerungsmaschinen und Lademaschinen, aber auch die Transportfahrzeuge verursachen tagsüber Lärm. Da sich in einer Entfernung von einigen hundert Metern Wohnhäuser befinden, wurde die Technologie so entwickelt, dass schädliche Lärmauswirkungen auf Wohnhäuser vermieden werden. Entlang der nördlichen Grenze der Niederlassung, zwischen der Niederlassung und dem Wohngebiet, verläuft die Hauptstraße Nr. 8, deren Verkehrslärm eine sehr starke Hintergrundbelastung darstellt.

Die Niederlassung und ihre Umgebung sowie die nächstgelegenen Schutzgebiete

Die Niederlassung befindet sich am Stadtrand von Szemenye, auf den Parzellen 0146/5 und 0146/6. Das Grundstück befindet sich in einer Zone, die nach dem geänderten, aktuellen Baugesetzbuch der Gemeinde Szemenye als Industrielle Wirtschaftszone (Gip) bezeichnet wird.

Nördlich, östlich und südöstlich (Má) des Grundstücks befinden sich allgemeine landwirtschaftliche Flächen, nordwestlich und südlich (Eg) liegen Industriegelände. Der Zugang zum Grundstück erfolgt über die Parzelle 0143/2, die von der stark befahrenen Hauptstraße Nr. 8 abzweigt.

Das nächstgelegene zu schützende Wohngebäude befindet sich in nördlicher Richtung, auf der anderen Seite der Hauptstraße Nr. 8, im dörflichen Wohngebiet von Szemenye, Szabadság utca 6, Parzelle 73 (Lf). Die Entfernung von der wichtigsten betrieblichen Lärmquelle, dem Außenschredder, beträgt ca. 339 m, die Entfernung von der Hauptstraße Nr. 8 ca. 58 m.



Das andere nächstgelegene zu schützende Wohngebäude befindet sich in nördlicher Richtung auf der anderen Seite der Hauptstraße Nr. 8: im dörflichen Wohngebiet von Szemenye, Szabadság utca 5, Parzelle 81/1 (Lf). Die Entfernung von der wichtigsten Lärmquelle, dem Außenschredder, beträgt etwa 342 m, von der Hauptstraße Nr. 8 etwa 70 m.

Das dem zu schützenden Verkehrsweg am nächsten gelegene Gebäude befindet sich in Kám, angrenzend an Szemenye in Richtung NY. Das Wohngebäude in der Jókai Mór Straße Nr. 12, Kám, Katasterparzelle Nr. 311/4, in einem (Lf) dörflichen Wohngebiet. Entfernung von der Hauptstraße Nr. 8 ca. 11 m.

Zusätzlicher Verkehr

Insgesamt hat das Unternehmen eine Genehmigung für die Behandlung und Verwertung von 175 000 Tonnen Abfall. Wenn das Unternehmen mit maximaler Kapazität arbeitet, werden aus den 175 000 Tonnen Grundstoffen etwa 175 000 Tonnen Fertigprodukte pro Jahr hergestellt.

Die Anlieferung des Grundstoffes und der Transport des Fertigerzeugnisses erfolgt mit Lastkraftwagen mit einer durchschnittlichen Kapazität von 20 Tonnen. Die Anlieferung des Grundstoffs und des Fertigerzeugnisses erfolgt getrennt, so dass voraussichtlich 2*175 000 Tonnen Material mit Lastwagen auf der Straße hin- und hergefahren werden. Der Transport wird in 2*8750 Runden pro Jahr per Lkw durchgeführt. Auf 250 Arbeitstage gerechnet, bedeutet dies 70 Lkw pro Tag auf den umliegenden Straßen.

Zwischen dem Eingang des Betriebsgeländes und der Hauptstraße Nr. 8 werden 100 % des Verkehrs auf der Parzelle Nr. 0143/2, weiterhin auf der Hauptstraße Nr. 8 Székesfehérvár-Jánosháza-Rábafüzes, ab dem Anschluss der Szabadság-Straße an die Parzelle Nr. 0143/2, etwa 50-50 % in beiden Richtungen abgewickelt.

Zwischen dem Anschluss der Zufahrtsstraße des Betriebsgeländes an die Hauptstraße 8 und dem Eingang des Betriebsgeländes gibt es täglich 70 Lkw-Durchfahrten in die eine Richtung und 70 in die andere Richtung, also insgesamt 140 Durchfahrten.

Entlang der Straße mit der Parzelle 0143/2 gibt es keine zu schützenden Gebäude. Der Transport findet ausschließlich tagsüber statt - zwischen 06:00 und 18:00 Uhr, in der Regel zwischen 07:00 und 15:00 Uhr -, so dass nachts kein Straßenverkehr mit dem Betrieb der Niederlassung verbunden.

Zu erwartende Lärmbelastung durch den Betrieb der Niederlassung

Mechanische Anlagen und ihr durchschnittlicher Geräuschpegel als betriebliche Lärmquelle

Die auf der Niederlassung sowie im Innen- als auch im Außenbereich eingesetzten Maschinen verursachen erheblichen Lärm, wobei der von den Innenbereichen über die Fassade abgestrahlte Lärm deutlich geringer ist als der von den Lärmquellen im Außenbereich abgestrahlte Lärm.

Die Lärmquellen auf dem Gelände hängen hauptsächlich mit der Haupttechnologie zusammen. Es wird erwartet, dass die Außenlärmquellen der Haupttechnologie während eines relativ kleinen Teils des Jahres inaktiv sind, wobei die Maschinen der alternativen Technologie den meisten Lärm im Freien erzeugen und die Maschinenreihe der Haupttechnologie weiterhin Lärm in den Innenräumen erzeugen.

Technologie/Ort	Benennung der Maschine	Betriebsdauer [Stunde]	Menge [Stück]
Alternative Technologie Außenbereich, Hof	Lindner Meteor 2500 Vorbrecher	Tags (zwischen 6-22 Uhr)	1
	SM-620 Trommelsieb		1
	SM-620 Trommelsieb		1

Haupttechnologie Außenbereich, Hof	Lindner Jupiter 3200 Vorbrecher	24 Stunden	1
	Eisenabscheider		1
	Einlauftrichter		1
	Übergabeschnecke		1

Zerkleinerungsmaschinen für den Außenbereich werden erforderlichenfalls mit einer angepassten Lärmschutzhaube ausgestattet. In diesem Fall handelt es sich um eine Sandwich-Paneel-Lösung (akustisch), die auf einem Metallrahmen montiert wird und die wichtigsten lärmemittierenden Einheiten des Geräts abschirmt. Diese sind derzeit in Planung und werden montiert, wenn die Außenanlagen an ihren endgültigen Standort gebracht werden.

Im Technologiegebäude arbeiten die Maschinen, die erheblichen Lärm erzeugen, Tag und Nacht im gleichen Betriebsmodus.

Technologie/Ort	Benennung der Maschine	Betriebsdauer [Stunde]	Menge [Stück]
Haupttechnologie / im Technologiegebäude	Sieb	24 Stunden	1
	Eisenabscheider		1
	Aluminium-Abscheider		1
	NIHOT SDX 1400 Windsichter		1
	Lindner Komet 2800 HP Nachzerkleinerer		1

Territoriale Lärmquellen:

Der Transport von Grundstoffen und Fertigprodukten wird nur tagsüber erwartet. Lkws, die Grundstoffe anliefern, nehmen eine andere Route als Lkws, die Fertigprodukte anliefern.

Die Beladung am Tag und in der Nacht findet in der Regel an unterschiedlichen Orten mit einer unterschiedlichen Anzahl von Lademaschinen statt.

Tagsüber werden 4 Verloader erwartet, nachts 1 Verloader in der Nähe des Prozessgebäudes.

Tagsüber werden maximal 35 bis 35 Lkw pro Tag Grundstoffe und Fertigprodukte auf zwei verschiedenen Routen innerhalb des Geländes transportieren. Jedes Lieferfahrzeug verbringt mit laufendem Motor etwa 7,5 Minuten auf dem Gelände (Fahren und Anhalten).

Einwirkungsentfernung des Transportweges, indirektes Einwirkungsgebiet

Aufgrund der Dokumentation kann festgestellt werden, dass der mit der Betriebsphase verbundene Verkehr einen Anstieg des Verkehrslärms verursacht, der im Vergleich zum Ausgangszustand praktisch vernachlässigbar ist und weit unter 3 dB liegt, so dass keine indirekte Lärmauswirkung festgestellt werden kann.

Abfallwirtschaft

Am Ende des oben beschriebenen technologischen Prozesses wird der Mahlrückstand (Fertigprodukt) als EBS-Brennstoff an die Partner geliefert, nachdem er die Anforderungen der Norm MSZ EN ISO 21640:2021 erfüllt hat. Fällt am Ende des Prozesses brennbarer Abfall in EBS-Qualität an, wird er unter dem Identifikationscode 19 12 10 an einen zugelassenen Betreiber zur thermischen Verwertung geschickt.

Im Laufe der auf der Niederlassung ausgeführten Tätigkeiten muss in der Regel mit dem Anfall fester Siedlungsabfälle sozialer Herkunft gerechnet werden. Am Arbeitsort werden die Siedlungsabfälle der Arbeitnehmer in einem Container gesammelt und dann dem öffentlichen Dienstleister übergeben. Die MOHU Zrt. übernimmt die nicht gefährlichen Abfälle, die bei der Abfallverarbeitung anfallen. 5-10 % des eingehenden Grundstoffs sind Restabfälle aus der mechanischen Aufbereitung.

Im Laufe der Tätigkeit entstehen keine gefährlichen Abfälle. Mit der Entstehung gefährlicher Abfälle ist nur im Falle einer Havarie zu rechnen.

Landschafts- und Naturschutz

Das Grundstück des "bewirtschafteten Major" von Szemenye mit den Parzellenzahlen 0146/5 und 0146/6 und die umliegenden Gebiete stehen nicht unter Naturschutz von nationaler Bedeutung oder von Bedeutung für die Europäische Gemeinschaft.

Die Tätigkeit wird keine weiteren negativen Auswirkungen auf den Lebensraum haben, der bereits anthropogenen Einflüssen ausgesetzt ist.

IV.

Betriebsbedingungen, Umweltschutzvorschriften

Schutz der Luftsauberkeit

1. Die Luftverschmutzung, die dadurch entsteht, dass eine diffuse Quelle nicht den Umweltschutzanforderungen entspricht, und die Belastung der Luft mit üblem Geruch, der die Bevölkerung stört, ist verboten.
2. Die von der Tätigkeit ausgehende diffuse Zerstäubung ist erforderlichenfalls durch Besprühen zu verringern.
3. Der Transport zur und von der Baustelle darf nur mit geschlossenen Fahrzeugen oder bei offenen Fahrzeugen mit Planen abgedeckt erfolgen.
4. Das Mahlen darf nur in geschlossenen Räumen erfolgen, um ein diffuses Versprühen der auf dem Gelände gelagerten feinkörnigen Abfallarten zu vermeiden.
5. Abfälle, die auf dem Gelände vom Winde verweht werden können, dürfen im Freien mit Netzen abgedeckt oder eingeschlossen (Ballen) gelagert werden.

Lärm- und Vibrationsschutz



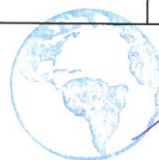
6. Unter den wichtigsten Außenlärmquellen sind Schallschutzhauben gemäß Punkt 3.1.4.1 der Dokumentation anzubringen, d.h. (akustische) Sandwichpaneele, die auf Tragkonstruktionen aus Metallrahmen montiert werden.
7. Es sollten Umgebungslärmmessungen für den gesamten Standort durchgeführt werden, um die Einhaltung der Grenzwerte zu überprüfen.
8. Auf der Grundlage der Lärmmessung ist der Lärmeinwirkungsbereich der Tätigkeit zu klären.
9. Wenn sich im Einwirkungsbereich vor Lärm zu schützende Objekte befinden, ist bei meiner Behörde ein Antrag auf Festlegung von Lärmemissionsgrenzwerten gemäß Anlage 2 der Verordnung Nr. 93/2007 (XII. 18.) des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwesen über das Verfahren zur Festlegung von Lärmemissionsgrenzwerten und zur Überwachung von Lärm- und Erschütterungsemissionen einzureichen. In dem Antrag ist ein Grenzwert für alle zu schützenden Gebiete (einschließlich unbebauter Gebiete) zu beantragen.
10. Der eine Umweltlärmquelle betreibende Betreiber ist verpflichtet, der Umweltschutzbehörde jede Änderung der Lärmemission und des Lärmschutzbereichs der Umweltlärmquelle, die zu einer Überschreitung der Grenzwerte führen kann, sowie die Einstellung der Tätigkeit des Betreibers und die Aufnahme der Tätigkeit des neuen Betreibers innerhalb von 30 Tagen nach der Änderung zu melden.

Frist für die Erfüllung der unter den Punkten 6 bis 9 genannten Verpflichtungen: 31. Mai 2025

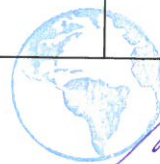
Abfallwirtschaft

11. Die Codenummer, die Bezeichnung, sowie die Menge der nicht gefährlichen Abfälle, die gemäß der Verordnung Nr. 72/2013 (VIII. 27.) des Ministeriums für Provinzentwicklung über das Abfallverzeichnis auf dem Gelände gesammelt, vorbehandelt und verwertet werden können:

Der Abfall		
Abfallcode	Bezeichnung	Menge der Abfälle, die gesammelt und vorbehandelt werden können (Tonnen/Jahr)
02 01 04	ABFÄLLE AUS LANDWIRTSCHAFT, GARTENBAU, TEICHWIRTSCHAFT, FORSTWIRTSCHAFT, JAGD UND FISCHEREI SOWIE DER HERSTELLUNG UND VERARBEITUNG VON NAHRUNGSMITTELEN	175.000
03 01 05	Abfälle aus Landwirtschaft, Gartenbau, Teichwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	175.000
03 03 01	Rinden- und Holzabfälle	175.000
03 03 07	Kunststoffabfälle (ohne Verpackungen)	175.000
03 03 08	Abfälle aus dem Sortieren von Papier und Pappe für das Recycling	175.000
04 02 21	Abfälle aus unbehandelten Textilfasern	175.000
04 02 22	Abfälle aus verarbeiteten Textilfasern	175.000



07 02 13	Kunststoffabfälle	175.000
07 02 17	silikonhaltige Abfälle, andere als die in 07 02 16 genannten	175.000
12 01 05	Kunststoffspäne und -drehspäne	175.000
15 01 01	Verpackungen aus Papier und Pappe	175.000
15 01 02	Verpackungen aus Kunststoff	175.000
15 01 03	Verpackungen aus Holz	175.000
15 01 05	Verbundverpackungen	175.000
15 01 06	gemischte Verpackungen	175.000
15 01 09	Verpackungen aus Textilien	175.000
15 02 03	Aufsaug- und Filtermaterialien, Wischtücher und Schutzkleidung mit Ausnahme derjenigen, die unter 15 02 02 fallen	175.000
16 01 09	Verpackungen aus Textilien	175.000
16 02 16	aus gebrauchten Geräten entfernte Bestandteile mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 02 15 fallen	175.000
17 02 01	Holz	175.000
17 02 03	Kunststoff	175.000
17 06 04	Dämmmaterial mit Ausnahme desjenigen, das unter 17 06 01 und 17 06 03 fällt	175.000
19 12 01	Papier und Pappe	175.000
19 12 04	Kunststoff und Gummi	175.000
19 12 07	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06 fällt	175.000
19 12 08	Textilien	175.000
19 12 10	brennbare Abfälle (Brennstoffe aus Abfällen)	175.000
19 12 12	sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 12 11 fallen	175.000
20 01 01	Papier und Pappe	175.000
20 01 10	Bekleidung	175.000
20 01 11	Textilien	175.000



20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37 fällt	175.000
20 01 39	Kunststoffe	175.000
Abfälle zur Vorbehandlung und Verwendung insgesamt		175.000

12. Die Sammlung, Vorbehandlung und Verwertung der unter Punkt 11 aufgeführten Abfälle kann auf dem Gelände des Genehmigungsinhabers auf den Parzellen 0146/5 und 0146/6 der Gemeinde Szemenye durchgeführt werden.
13. Die Menge der an einem Standort gesammelten Abfälle darf die Gesamtaufnahmekapazität der Standorte für die getrennte Sammlung jeder Abfallart nach stofflicher Beschaffenheit, d.h. 15 000 Tonnen, nicht überschreiten.
14. Die Art und Beschaffenheit der auf der Abfalldeponie gelagerten Abfälle ist am Lagerort durch ein deutlich sichtbares, auffälliges Schild oder eine Kennzeichnung klar und deutlich lesbar anzugeben.
15. Die Lagerung von Abfällen zur Vorbehandlung und Verwertung kann in Ballen-, Big-Bag- und Containerlagern mit einer Gesamtfläche von 8.000 m² Betonlagerflächen erfolgen. Lose Abfälle dürfen nur im Freien und ausschließlich in dem durch 4,8 m hohe Betonwände geschützten Behandlungsbereich gelagert werden. Die Lagerung von lose Abfall in anderen Außenbereichen ist VERBOTEN. Die Lagerung von SRF und RDF kann in der Lagerhalle erfolgen.
16. Der Genehmigungsinhaber muss ein Qualitätssicherungssystem betreiben, das geeignet ist, die Beendigung des Abfallstatus gemäß § 10 Absatz (4) des Gesetzes Nr. CLXXV von 2012 über Abfälle zu überprüfen.
17. Der Genehmigungsinhaber organisiert seine Abfallbewirtschaftung in Abhängigkeit von der Kapazität der Abfalllager auf der Niederlassung so, dass die ununterbrochene Sammlung und Verarbeitung der auf der Niederlassung gesammelten, aber nicht auf der Niederlassung verwerteten Abfälle gewährleistet ist und eine Überlastung bei der Lagerung von Abfällen auf der Niederlassung vermieden wird.
18. Abfälle dürfen höchstens ein Jahr lang auf der Niederlassung gesammelt werden; danach müssen sie einem - über eine Genehmigung verfügenden - Abfallbewirtschaftler übergeben werden, der sich um die weitere Behandlung der Abfälle kümmert.
19. Wenn die Qualität des erzeugten Materials nicht zufriedenstellend ist oder es nicht verkauft werden kann, verlieren die Abfälle ihren Status nicht und müssen an eine zugelassene Abfallentsorgungsorganisation übergeben werden.
20. Die zur Verwertung bestimmten Abfälle und die nicht verwertbaren Abfälle dürfen keine Bestandteile und/oder Verunreinigungen enthalten, die eine Einstufung der Abfälle als gefährliche Abfälle nach sich zögen.
21. Der Genehmigungsinhaber muss die auf seinem Gelände gesammelten Abfälle zur Verwertung und nicht verwertbare Abfälle sowie die bereits verwerteten Materialien so sammeln, dass die Umwelt nicht gefährdet oder verschmutzt wird. Windverwehte Abfälle sind zu vermeiden.
22. Der Genehmigungsinhaber ist verpflichtet, über seine abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten gemäß den jeweils geltenden Rechtsvorschriften Buch zu führen und gegenüber den Behörden eine Datenleistung zu erfüllen.
23. Auf der Niederlassung muss ein aufgrund des § 21 Absatz (3) der Regierungsverordnung Nr. 246/2014 (IX. 29.) über die Vorschriften für den Bau und den Betrieb bestimmter Abfallentsorgungsanlagen erstelltes Betriebsjournal geführt werden.
24. Im Falle einer Havarie (Auslaufen von Kraftstoff, Hydrauliköl usw.) müssen die anfallenden gefährlichen Abfälle gemäß den Bestimmungen der Regierungsverordnung Nr. 225/2015 (VIII.7.) über die Modalitäten bestimmter Tätigkeiten im Zusammenhang mit gefährlichen Abfällen auf eine Weise gesammelt werden, die eine Umweltverschmutzung ausschließt, und dürfen nur einer zugelassenen Organisation zur weiteren Behandlung übergeben werden.
25. Während der Gültigkeitsdauer der Genehmigung muss die finanzielle Sicherheitsleistung im Zusammenhang mit der Abfallbewirtschaftungstätigkeit (Umwelthaftpflichtversicherung, finanzielle Sicherheit) fortlaufend erbracht und der Abfallbewirtschaftungsbehörde bis zum 31. Mai nach Ablauf des Geschäftsjahres nachgewiesen werden.
26. Die Voraussetzung zur Schließung der Niederlassung ist die weitere Bewirtschaftung aller dort zu findenden Abfälle sowie die Vorlage und Dokumentation des verbleibenden Umweltzustands bei unserer Behörde.

Schutzanforderungen für geologische Formationen



27. Die Möglichkeit des Auslaufens von Öl muss durch die Einhaltung der technischen Disziplin, die regelmäßige Wartung der Maschinen, die technische Kontrolle der Maschinen und die Verwendung eines Behälters zur Vermeidung von Schäden (beim Betanken mit Kraftstoff oder anderen Ölprodukten) verringert werden.
28. Nach einem Havariefall muss unverzüglich für die Eindämmung des eventuell ausgetretenen Kohlenwasserstoffs und die Sammlung des kontaminierten Bodens gesorgt werden.

Vorschriften zu forstwirtschaftlichen Fragen

29. Die Tätigkeit darf keine nachteiligen Auswirkungen oder Schäden auf angrenzende Waldflächen verursachen. Der Verursacher ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Schäden am Waldboden von benachbarten Flächen beseitigt und die Folgen der Schäden behoben werden.

Vorschriften für den Schutz des kulturellen Erbes

30. Gemäß § 24 Absatz 2 des Gesetzes Nr. LXIV aus dem Jahr 2001 über den Schutz des kulturellen Erbes ist der Entdecker (der für die Bauarbeiten Verantwortliche) verpflichtet, im Falle der Entdeckung eines archäologischen Denkmals oder eines Fundes während der Bauarbeiten die Tätigkeiten, die das archäologische Denkmal gefährden, einzustellen und unsere Behörde unverzüglich zu benachrichtigen.

V.

Stellungnahmen der als zuständige Behörden am Verfahren der einheitlichen Umweltnutzungsgenehmigung beteiligten Organisationen

Die in der Stellungnahme der Direktion für Katastrophenschutz des Komitats Vas, als Wasserbehörde, ausgestellt unter der Nummer 36800/2553-3/2024.ált. genannten Klauseln:

Wasserversorgung

Die Wasserversorgung der Niederlassung erfolgt über ein öffentliches Wassernetz.
Für die geplante Tätigkeit besteht kein technologischer Wasserbedarf.

Abwasseraustritt und Reinigung

Ein Anschluss an eine öffentliche Kanalisation ist auf dem Grundstück technisch nicht möglich.

Kommunale Abwässer:

Die Sammlung der auf der Niederlassung entstehenden kommunalen Abwässer erfolgt in einer geschlossenen, technisch geschützten Klärgrube. Die gesammelten kommunalen Abwässer werden bei Bedarf von einem konzessionierten Fachbetrieb entsorgt.

Technologische Abwässer:

Bei der Verwertung von nicht gefährlichen Abfällen fallen keine technologischen Abwässer an.

Ableitung von Regenwasser

Aufgrund ihrer Beschaffenheit (Kunststoff, Gummi, Textilien) ist nicht zu erwarten, dass die in Ballen- oder Big-Bag-Säcken angelieferten Materialien bei Niederschlägen Schadstoffe freisetzen, und die Art der vorgeschlagenen Tätigkeit führt nicht zu einer Verschmutzung des Regenwassers während der Tätigkeit. Nicht verschmutztes Niederschlagswasser wird auf dem Gelände versickert.

Auf dem Gelände werden keine Entwässerungsgräben angelegt und es ist keine Einleitung in ein Gewässer vorgesehen.



Schutz der Oberflächenwasser und des Grundwassers

Die Niederlassung hat keine Auswirkungen auf Oberflächenwasser. Der Szemenyei-Bach verläuft etwa 275 m westlich des Standorts. Das betroffene Gebiet ist Teil des Einzugsgebiets des Flusses Rába.

Der Grundwasserspiegel unterhalb des Standorts liegt in einer Tiefe von etwa 2-3 m.

Das Standortgebiet wird gemäß § 7 Absatz (4) und der Anlage 2 des Regierungserlasses Nr. 219/2004 (VII. 21.) über den Schutz des Grundwassers [im Weiteren: Regierungserlass Nr. 219/2004 (VII.21.)], sowie der Anlage zum Erlass Nr. 27/2004 (XII. 25) des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die Einstufung von Gemeinden in Gebieten mit empfindlichem Grundwasserzustand (im Weiteren: Erlass Nr. 27/2004 (XII. 25) des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft) als empfindliches Gebiet im Hinblick auf den Grundwasserzustand eingestuft.

Das Betriebsgelände wurde früher für Viehzucht und Ackerbau genutzt.

Monitoring System

Auf der Grundlage des vorgelegten Lageberichts (Umweltschutzbewertung) führte die Karáthterv Mérnöki Kft. 5 Bodensonderungsbohrungen in dem Gebiet durch.

Die Bodenproben wurden auf akkreditierte Weise entnommen. Mögliche Verunreinigungen wurden durch die Entnahme von Bodenproben und die anschließende Analyse der Bodenproben festgestellt.

Bei der Auswertung der Laborergebnisse der Bodenproben sind die Kontaminationsgrenzwerte nach Stoffgruppe (B) der Anlage 3, Teil A) des Gemeinsamen Verordnungserlasses Nr. 6/2009 (IV. 14.) des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwesen-Gesundheitsministeriums-Ministeriums für Ackerbau und Provinzentwicklung /KvVM-EüM-FVM/über die zum Schutz des geologischen Bodens und des Grundwassers vor Verunreinigungen und zur Messung von Verunreinigungen erforderlichen Grenzwerte gewährleistet, die Messergebnisse liegen unterhalb der Grenzwerte. Die Ergebnisse wiesen nicht auf eine Verschmutzung hin.

Der Tankstellenbereich auf der Niederlassung ist mit einer Dekontaminationswanne ausgestattet. Eine Verunreinigung des Bodens oder des Grundwassers ist weder durch das Betanken noch durch das Abfüllen anderer Ölprodukte zu erwarten.

Es wurde kein Überwachungssystem zur Kontrolle der Grundwasserqualität unterhalb des Standorts eingerichtet.

Wasserschutzvorschriften

1. Die geplanten Tätigkeiten auf der Niederlassung dürfen das Niederschlagswasser, das Oberflächenwasser oder das Grundwasser nicht verschmutzen. Es darf nur sauberes, nicht kontaminiertes Regenwasser eingeleitet werden.
2. Das Sammeln und die vorübergehende Lagerung des mit dem Wasserverbrauch verhältnismäßig entstehenden kommunalen Abwassers können in einem das Abwasser sammelnden geschlossenen Schacht aus Stahlbeton erfolgen. Die Entsorgung des anfallenden kommunalen Abwassers kann durch einen Unternehmer erfolgen, der über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag für den Transport von Abwasser in der Gemeinde verfügt. Die Rechnungen für die Lieferungen sind aufzubewahren und bei einer amtlichen Kontrolle vorzulegen.
3. Die Ausbreitung des auf dem Gelände erzeugten festen Ersatzbrennstoffs (Hackschnitzel mit geeigneter Korngröße und -zusammensetzung) durch Wind und Regenwasser ist zu verhindern.

Der gegenwärtige Standpunkt der Fachbehörde kann im Rahmen einer Beschwerde gegen die Entscheidung über die Einstellung des Verfahrens angefochten werden.

Die Aufsichtsbehörde für regulierte Tätigkeiten der Abteilung Bergbau- und Gasindustrie der Bergbauaufsichtsbehörde Veszprém hat ihre fachbehördliche Stellungnahme unter der Nr. SZTFH-BANYASZ/7158-4/2024. vorbehaltlos abgegeben.

Auf mein Ersuchen hin hat der Notar der Gemeinsamen Selbstverwaltung von Kám nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist geantwortet.

VI.

Einhaltung der Vorschriften über die besten verfügbaren Techniken

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurden die folgenden Gesichtspunkte untersucht und bewertet

- BVT 1: Einführung und Einhaltung des Umweltmanagementsystems (UMS): Das Unternehmen verfügt derzeit nicht über ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem nach ISO 14001, aber die Möglichkeit der Einführung eines solchen Systems wird ständig geprüft.
- BVT 2: Verbesserung der allgemeinen Umweltleistung des Standorts - entsprechend
- BVT 3: Erstellung eines Registers der Abwasser- und Abgasströme, um die Emissionen in Wasser und Luft zu verringern - entsprechend
- BVT 4: Verringerung des Umweltrisikos im Zusammenhang mit der Lagerung von Abfällen - entsprechend
- BVT 5: Verringerung der Umweltrisiken im Zusammenhang mit der Behandlung und dem Transport von Abfällen - entsprechend
- BVT 6: Für relevante Einleitungen in Gewässer, wie sie in der Bestandsaufnahme der Abwasserströme (siehe BVT 3) definiert sind, ist die beste verfügbare Technik die Überwachung der wichtigsten Prozessparameter (z. B. Abwasserdurchfluss, pH-Wert, Temperatur, Leitfähigkeit, BSB) an den wichtigsten Stellen (z. B. am Einlass und/oder Auslass der Vorbehandlung, am Eingang der Endbehandlung, an dem Punkt, an dem die Ableitung die Anlage verlässt) - Nicht anwendbar, keine
- BVT 7: Die BVT überwachen die Ableitungen in das Wasser mindestens mit der unten angegebenen Häufigkeit und in Übereinstimmung mit den EN-Normen. Sind keine EN-Normen verfügbar, verwenden die BVT ISO-, nationale oder andere internationale Normen, die die Bereitstellung von Daten von gleichwertiger wissenschaftlicher Qualität gewährleisten. - Nicht anwendbar, keine
- BVT 8: Die BVT überwachen die Emissionen in die Luft mindestens mit der unten angegebenen Häufigkeit und in Übereinstimmung mit den EN-Normen. Falls keine EN-Normen verfügbar sind, verwenden die BVT ISO-, nationale oder andere internationale Normen, die die Bereitstellung von Daten von gleichwertiger wissenschaftlicher Qualität gewährleisten. - Nicht anwendbar, keine
- BVT 9: Überwachung der diffusen Emissionen organischer Verbindungen in die Luft aus der Aufbereitung verbrauchter Lösemittel, der Dekontamination von POP-haltigen Geräten mit Lösemitteln und der physikalisch-chemischen Behandlung von Lösemitteln zur Rückgewinnung ihres Brennwertes, mindestens einmal jährlich, unter Verwendung einer oder einer Kombination der nachstehend aufgeführten Techniken - Nicht anwendbar, keine
- BVT 10: Regelmäßige Überwachung der Geruchsemissionen - Nicht anwendbar, keine geruchsintensive Abfallannahme
- BVT 11: Überwachung des Wasser-, Energie- und Rohstoffverbrauchs sowie des jährlichen Anfalls von Rückständen und Abwasser mindestens einmal jährlich. - entsprechend
- BVT 12: Aufstellung, Umsetzung und regelmäßige Überprüfung eines Geruchsmanagementplans als Teil des Umweltmanagementsystems, um Geruchsemissionen zu vermeiden oder, sofern dies nicht möglich ist, zu verringern, einschließlich aller folgenden Elemente. - Es entsteht kein Geruch oder Gestank, deshalb ist es nicht notwendig
- BVT 13: - Vermeidung oder, falls nicht durchführbar, Verminderung von Gerüchen - Es entsteht kein Geruch oder Gestank, daher nicht notwendig
- BVT 14: Vermeidung oder, falls nicht durchführbar, Verminderung diffuser Emissionen, insbesondere von Staub, organischen Verbindungen und Gerüchen - entsprechend
- BVT 15: Abfackeln nur aus Sicherheitsgründen oder unter nicht routinemäßigen Betriebsbedingungen (z. B. beim An- und Abfahren) - Nicht anwendbar
- BVT 16: Verringerung der Emissionen in die Luft aus Abfackelanlagen, wenn das Abfackeln unvermeidbar ist - Nicht anwendbar
- BVT 17: Vermeidung, bzw. falls nicht durchführbar, Verminderung von Lärm- und Vibrationsemissionen - entsprechend
- BVT 18: Vermeidung oder, falls nicht durchführbar, Verminderung von Lärm- und Vibrationsemissionen - entsprechend
- BVT 19: Optimierung des Wasserverbrauchs, Verringerung des Abwasseranfalls und Vermeidung oder, falls nicht durchführbar, Verringerung von Einleitungen in Boden und Wasser – entsprechend
- BVT 20: Abwasserbehandlung gilt als die beste verfügbare Technik zur Verringerung von Emissionen in das Wasser - Eine Verringerung der Emissionen in das Wasser ist nicht notwendig.

BVT 21: Vermeidung oder Begrenzung der Umweltauswirkungen von Unfällen und Störungen - entsprechend
BVT 22: Substitution von Materialien durch Abfälle zur Sicherstellung einer effizienten Nutzung von Materialien - Gilt nicht für die Technologie
BVT 23: Effiziente Nutzung von Energie – entsprechend
BVT 24: Die beste verfügbare Technik zur Verringerung der zu entsorgenden Abfallmenge ist die Maximierung der Wiederverwendung von Verpackungen als Teil des Reststoffmanagementplans - entsprechend
BVT 31: Verringerung der Emissionen organischer Verbindungen in die Luft - Trifft nicht auf die Technologie zu.

VII.

Die Genehmigung ist unter Beachtung des §20/A Absatz (2) der REGIERUNGSVERORDNUNG bis zum 30. Juni 2029 gültig.

Wenn der Umweltnutzer beabsichtigt, seine Tätigkeiten auch nach Ablauf der Genehmigung fortzusetzen, muss meiner Behörde vor Ablauf der Genehmigung eine vollständige Umweltprüfungsdocumentation vorgelegt werden, um sicherzustellen, dass der Betreiber **bis zum 30. Juni 2029 über eine gültige Genehmigung** für den weiteren rechtmäßigen Betrieb **verfügt**, um die Anforderungen von §20/A Abs. (6) der REGIERUNGSVERORDNUNG zu erfüllen.

VIII.

Die Verwaltungsgebühr für das einheitliche Umweltnutzungsgenehmigungsverfahren wurde am 21. März 2024 durch Überweisung von 1.500.000 HUF entrichtet.

IX.

Gegen meinen Beschluss kann innerhalb von fünfzehn Tagen nach dem Datum der Zustellung bzw. bei Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung am Tag nach der Rücknahme der Bekanntmachung eine begründete Beschwerde adressiert an den Stellvertretenden Staatssekretär für Umweltfragen (Ministerium für Energiewesen, 1117 Budapest, Október huszonharmadika u. 18. Attila István Simon, Stellvertretender Staatssekretär für Umweltfragen) eingelegt werden, die jedoch in zwei Exemplaren bei meiner Abteilung eingereicht werden kann.

Wenn die Behörde die Entscheidung nicht für sofort vollstreckbar erklärt hat, hat die Beschwerde aufschiebende Wirkung.

Eine Beschwerde kann nur aus Gründen eingelegt werden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der angefochtenen Entscheidung stehen, und nur wegen der Beeinträchtigung von Rechten oder Interessen, die sich unmittelbar aus der Entscheidung ergeben. Die Beschwerde ist zu begründen. Die Beschwerde kann sich nur auf neue Tatsachen beziehen, die dem Beteiligten im ersten Rechtszug nicht bekannt waren oder die er ohne sein Verschulden nicht vorgebracht hat.

Der zur Beschwerde Berechtigte kann innerhalb der Beschwerdefrist auf das Beschwerderecht verzichten. Der Verzicht auf das Beschwerderecht kann nicht zurückgenommen werden und richtet sich nach den für den Antrag geltenden Vorschriften.

Sofern in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist und der Wert des Beschwerdegegenstandes nicht in Geld bestimmt werden kann, beträgt die Gebühr für die Beschwerde gegen eine erstinstanzliche Verwaltungsentscheidung 400 HUF je 10 000 HUF des angefochtenen oder bestrittenen Betrages, mindestens jedoch 5 000 HUF und höchstens 500 000 HUF. Wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes nicht in Geld bestimmt werden kann, beträgt die Beschwerdegebühr 5.000 HUF.



Die Beschwerdegebühr ist per Banküberweisung auf das Konto des Ungarischen Staatsschatzes unter der Nummer 10032000-01012107-00000000 oder, wenn die technischen Voraussetzungen erfüllt sind, durch Zahlung über das elektronische Zahlungs- und Verrechnungssystem zu entrichten. Im Falle einer Banküberweisung müssen Name, Anschrift oder Sitz des Kunden und das Aktenzeichen im Mitteilungsfeld der Überweisung angegeben werden. Der Nachweis über die Entrichtung der Gebühr ist dem Beschwerdeantrag beizufügen.

Wird keine Beschwerde eingelegt, so wird die Entscheidung am Tag nach Ablauf der Beschwerdefrist ohne weitere Mitteilung rechtskräftig.

Begründung

Die ZERO WASTE GROUP Kft. (9865 Szemenye, Katasterparzelle 0146/5., im Weiteren: Genehmigungsinhaber) hat auf der Grundlage des am 17. November 2023 von Rechtsanwalt Dr. Péter Reichert (8000 Székesfehérvár, Koronázó tér 1.) im Namen des Genehmigungsinhabers eingereichten Antrags ein Verfahren zur Erteilung einer einheitlichen Umweltnutzungsgenehmigung in Bezug auf die auf dem Grundstück mit der Parzellennummer 0146/5. ausgeübten Tätigkeiten eingeleitet.

In seiner am 21. November 2023 eingegangenen Eingabe hat der verfahrenende Rechtsanwalt Dr. Péter Reichert im Namen des Genehmigungsinhabers die Aussetzung des Verfahrens mit der Begründung eingereicht, dass die Erstellung der Dokumentation zu viel Zeit in Anspruch nimmt, und deshalb habe ich die Verfügung Nr. VA/KTHF/277-6/2023 erlassen, die besagt, dass das Verfahren ab dem 21. November 2023 ausgesetzt wird.

Am 2. Mai 2024 hat der Bevollmächtigte des Genehmigungsinhabers die von IMAGINÁCIÓ Mérnökiroda Kft. (Ferenc Nagy, zertifizierter Umweltingenieur, Umweltexperte) erstellte Planungsdokumentation und Anlage Nr. SZKV/07-0999 eingereicht und in seiner Stellungnahme die Fortsetzung des Verfahrens beantragt.

Der Inhalt des Antrags und der Dokumentation wurde gemäß dem Verfahren des Gesetzes Nr. CL aus dem Jahr 2016 über das allgemeine Verwaltungsverfahren - im Weiteren: allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz - auf der Grundlage des Regierungserlasses und des Gesetzes Nr. LIII aus dem Jahr 1995 über die allgemeinen Vorschriften zum Schutz der Umwelt - im Weiteren: Gesetz über den Umweltschutz - geprüft.

Auf der Grundlage der Regierungsverordnung Nr. 71/2015 (III.31.) über die Bestimmung der Organe, die Behörden- und Verwaltungsaufgaben im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes wahrnehmen, der Organisationen, die berechtigt sind, die Fachfrage zu stellen, und der zuständigen Behörden.

Meine Behörde hat bei dem Notar der gemeinsamen Selbstverwaltung Vasalja, die von der geplanten Investition betroffen ist, eine Bekanntmachung veröffentlicht, der ein Exemplar der in der REGIERUNGSVERORDNUNG vorgesehenen Dokumentation beigelegt ist. Die Mitteilung wurde an der Anschlagtafel des Gemeindeamtes von Kami ausgehängt. Innerhalb der Frist gingen keine Stellungnahmen ein.

Mit einem am 25. November 2025 eingegangenen Antrag beantragte Rechtsanwalt Dr. Péter Reichert im Namen des Genehmigungsinhabers eine Verlängerung der Frist für die Erfüllung der in Kapitel IV, Punkte 6 bis 9 der Einigen Umweltnutzungsgenehmigung festgelegten Verpflichtungen bis zum 31. Januar 2025 und mit einem am 9. Dezember 2024 eingegangenen Antrag eine Festsetzung auf den 31. Mai 2025, begründet mit dem Zeitbedarf für die Anschaffung und Installation der entsprechenden lärmemittierenden Maschinen.

Bei der Inspektion der Baustelle am 2. Dezember 2024 wurde festgestellt, dass ein Teil der geplanten Ausrüstung noch nicht vor Ort ist und dass die Tätigkeit derzeit mit Ersatzausrüstung durchgeführt wird.

In Anbetracht dessen habe ich beschlossen, die Einzelgenehmigung für die Umweltnutzung wie oben angegeben zu ändern und zu konsolidieren, da die Lärmmessung in ihrem derzeitigen Zustand nicht relevant wäre, da die Lärmemissionen der endgültigen Anlage, die in einigen Monaten installiert werden soll, wahrscheinlich nicht dieselben sind wie die der derzeitigen Anlage.

Schutz der Luftreinheit



Bei den Arbeitsprozessen der Tätigkeit kommt es zu Staubemissionen und Luftverschmutzung durch Abgase von Maschinen und Transportfahrzeugen. Die Emissionen von Luftschadstoffen aus den Maschinen während der Arbeiten werden keine wahrnehmbare Veränderung verursachen. Aus den eingereichten Dokumentationen geht hervor, dass die Luftverschmutzung durch die Tätigkeiten auf dem Gelände nicht wesentlich ist und keine wahrnehmbare Veränderung der Luftqualität zur Folge hat.

Das Abfall-Rohmaterial wird in geschlossenen Ballen auf der Niederlassung angeliefert. Die Grundstoffe werden vor der Verarbeitung in geschlossenen Ballen im Freien gelagert und bei Bruch mit Netzen abgedeckt, um zu verhindern, dass das Material vom Wind verweht wird. Während der Zerkleinerung sind die Lagerbereiche für die Verarbeitung der Abfälle und der Bereich für die Behandlung im Freien von 4,8 m hohen Betonwänden in U-Form umgeben, mit einer Erdaufschüttung von ca. 4 m Höhe auf der N-, W- und S-Seite des Standorts. Das nächstgelegene zu schützende Wohngebäude befindet sich in nördlicher Richtung auf der gegenüberliegenden Seite der Hauptstraße Nr. 8, Szemenye, Szabadság utca 6, Parzelle Nr. 73, 152 m von der Ecke des Betriebsgeländes entfernt.

Es wurde keine meldepflichtige Punktquelle für die Tätigkeiten auf dem Betriebsgelände festgestellt.

Der Verkehr der Niederlassung erfolgt über die Straße Nr. 0143/2 zwischen der Einfahrt zur Niederlassung und der Straße Nr. 8 sowie über die Hauptstraße Nr. 8 von der Kreuzung der Szabadság Straße und der Straße mit der Parzellenzahl 0143/2. Die Transporttätigkeit hat keine wesentlichen Auswirkungen auf die Luft und verursacht keine spürbare Veränderung der Luftqualität.

Es ist nicht zu erwarten, dass die Tätigkeit eine Luftverschmutzung verursacht, sofern die im verfügenden Teil festgelegten Bedingungen eingehalten werden.

Die während der Tätigkeit in die Luft freigesetzte Menge an Luftschadstoffen verursacht keine Luftverschmutzung oberhalb der Grenzwerte, die in der Verordnung Nr. 4/2011 (I.14.) des Ministeriums für Provinzentwicklung über die Grenzwerte für die Luftverschmutzung und die Emissionsgrenzwerte von ortsfesten Punktquellen zur Luftverschmutzung festgelegt sind.

Ich habe meine Festlegungen zur Reduzierung des diffusen Zerstäubens unter Berücksichtigung von § 4 und § 26 Absatz (1) des Regierungserlasses Nr. 306/2010 (XII. 23.) über den Schutz der Luft getroffen.

Lärmschutz

Aufgrund des von der IMAGINÁCIÓ Mérnökiroda Kft. (Ferenc Nagy, Ferenc Nagy, Umweltexperte) erstellten Lärmschutzteils der eingereichten Dokumentation (Planungsdokumentation Nr. SZKV/07-0999.) kann festgestellt werden, dass der während der Tätigkeit emittierte Lärm die gesetzlich festgelegten Grenzwerte für die Lärmbelastung der nächstgelegenen zu schützenden Objekte nicht überschreitet.

In den eingereichten Unterlagen wurden die zu erwartenden Lärmemissionen und die Lärmschutzfläche nach den Bestimmungen der Regierungsverordnung Nr. 284/2007 (X. 29.) über bestimmte Vorschriften zum Schutz vor Umgebungslärm und Erschütterungen (im Weiteren: Regierungsverordnung) bewertet.

Für die untersuchten Gebiete kann festgestellt werden, dass die in Anhang 1 der Regierungsverordnung Nr. 27/2008 (XII.3.) des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwesen (im Weiteren: Verordnung) festgelegten Grenzwerte an den Beurteilungspunkten bei normalem Betrieb eingehalten werden können.

Innerhalb der Lärmschutzzone der Niederlassung befinden sich keine Schutzgebiete, Schutzobjekte oder Gebäude, so dass es nicht notwendig ist, bei der Umweltbehörde einen individuellen Lärmemissionsgrenzwert zu beantragen.

Ich habe die Festlegungen im verfügenden Teil getroffen, weil die Unterlagen an mehreren Stellen Erfahrungs- und Schätzwerte enthalten, die sich in den Endergebnissen wiederfinden.

Der Gutachter bezieht sich bei den Berechnungen auf frühere Erfahrungen mit Lärmmessungen, die nicht als eindeutige Ausgangsdaten für das betreffende Gebiet angesehen werden können.

Gemäß Absatz 3.1.4.1 der Dokumentation „eignen sich die drei Außenschredder auch für die Zerkleinerung von Metallen. Die in den Datenblättern der Hersteller angegebenen Schallleistungspegel variieren zwischen 112 und 118 dB, unter Berücksichtigung von Punkt-zu-Punkt, wobei die angegebenen Werte typischerweise für die Zerkleinerung von Metall gelten. Bei der Zerkleinerung von Kunststoffen liegt dieser Wert deutlich niedriger.“

Die obige Expertenaussage ist nicht quantifiziert oder belegt und kann daher auch nur als Schätzung angesehen werden.

Die messtechnisch ermittelten kombinierten Betriebsgeräuschemissionen der auf dem Gelände eingesetzten Maschinen (Lärmquellen) sind die Grundlage für eine effektive Ermittlung der tatsächlichen Geräuschbelastung und die Einhaltung der Grenzwerte.

Grundlage meiner Bedingung ist § 10 Abs. (1) der Regierungsverordnung Nr. 284/2007 (X. 29.) über bestimmte Vorschriften zum Schutz vor Umgebungslärm und Erschütterungen (im Weiteren: Regierungsverordnung), wonach der Betreiber einer Umgebungslärm- und Erschütterungsquelle, die Umgebungslärm erzeugt, vor Aufnahme der Tätigkeit bei der Umweltschutzbehörde die Festsetzung eines Umgebungslärm-Emissionsgrenzwerts für die Quelle von Umgebungslärm oder Freizeitlärm beantragen muss, wenn sich der Lärmschutzbereich des Betriebs mit zu schützenden Gebäuden und Gebieten überschneidet, sowie § 11.

Die damit verbundene Transporttätigkeit verursacht keine zusätzliche Lärmveränderung von mindestens 3 dB, so dass gemäß § 7 (1) der Regierungsverordnung kein Einwirkungsbereich für die Transporttätigkeit vorgeschrieben werden muss.

Die Gemeinde Szemenye hat eine Eingabe Nr. Sz/152-3/2024 eingereicht, in der sie fordert, dass die Nachtarbeit unter Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung nicht genehmigt werden soll. Da das Lärmschutzgebiet der Anlage nach den vorgelegten Unterlagen kein Schutzobjekt betrifft, gibt es keine rechtliche Möglichkeit, die Nachtarbeit aus Lärmschutzgründen zu untersagen. Die Umweltbehörde wird die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere in Anbetracht der genannten Umstände, überwachen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen einleiten.

Abfallwirtschaft

Der Inhalt der eingereichten Dokumentation entspricht den Anforderungen der Verordnung, des Gesetzes Nr. CLXXXV von 2012 über Abfälle (im Weiteren: Abfallgesetz), sowie der Regierungsverordnung Nr. 439/2012 (XII. 29.) über die Registrierung und behördliche Genehmigung von Abfallwirtschaftstätigkeiten.

Bei der Erteilung der Genehmigung habe ich die in der Abfallbewirtschaftungsgenehmigung Nr. VA/KTHF-HO/02064-10/2024 enthaltenen Informationen und die während des Abfallbewirtschaftungsgenehmigungsverfahrens eingereichten Unterlagen berücksichtigt.

Bei meiner Entscheidung habe ich im Einklang mit den zum Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens geltenden gesetzlichen Bestimmungen gehandelt.

Der eingereichte Genehmigungsantrag enthält Angaben über die GmbH, sowie die Niederlassung, eine technische Beschreibung der durchzuführenden Tätigkeiten sowie Angaben über den Umfang der zu sammelnden, vorbehandelnden und zu verwertenden Abfälle, die jährliche Menge der zu sammelnden, vorbehandelnden und zu verwertenden Abfälle sowie die Menge der Abfälle, die an der Niederlassung gleichzeitig gelagert werden können.

Dem Antrag sind als Anlage eine Kopie der Umwelthaftpflichtversicherung, der Nachweis der finanziellen Sicherheit und ein Umweltsicherheitsplan sowie Unterlagen beizufügen, die die technischen, persönlichen und gesundheitlichen Voraussetzungen für die Tätigkeit bescheinigen. Die für die Erteilung des Genehmigungsantrags erforderlichen Erklärungen und Genehmigungen wurden beigelegt.

Auf der Grundlage der vorgelegten Unterlagen und der dokumentarischen Nachweise habe ich festgestellt, dass die GmbH über die erforderlichen Maschinen, Werkzeuge und Ausrüstungen für die Durchführung der Abfallbehandlung verfügt und dass auch die erforderlichen personellen und finanziellen Garantien vorhanden sind.

Ich habe meine Entscheidungen zur Abfallbewirtschaftung auf der Grundlage der folgenden Rechtsvorschriften getroffen:

- Gesetz Nr. CLXXXV von 2012 über Abfälle,

- Regierungsverordnung Nr. 439/2012 (XII. 29.) über die Registrierung von Abfallwirtschaftstätigkeiten und behördliche Genehmigungen,
- Regierungsverordnung Nr. 246/2014 (IX. 29.) über die Vorschriften für den Bau und den Betrieb bestimmter Abfallentsorgungsanlagen.

Unter Berücksichtigung der obigen Ausführungen habe ich beschlossen, die Genehmigung vorbehaltlich der im verfügbaren Teil der Genehmigung festgelegten Bedingungen zu erteilen.

Schutz des geologischen Bodens

Die Zero Waste Group Kft. (8492 Kerta, Táncsics Mihály utca 1.) hat einen Antrag auf Erteilung einer einheitlichen Umweltnutzungsgenehmigung für ihr Betriebsgelände unter der Parzellenzahl 0146/5 und 0146/6, in 9685 Szemenye, bei unserer Behörde eingereicht.

Die Niederlassung verfügt über die notwendigen Strukturen und Infrastrukturen für nicht gefährliche Abfallentsorgungstätigkeiten.

Die Gebäude der Technik- und Lagerhallen auf der Niederlassung haben Betonböden, und auch die Baustraßen, die Lagerflächen und die Behandlungsbereiche im Freien sind betoniert.

Im Falle eines Havariefalls können auslaufende Kraftstoffe und Hydrauliköle, die auf den Ausfall von Ladegeräten und Transportfahrzeugen zurückzuführen sind, eine geringe Menge an lokaler Verunreinigung auf der Oberfläche des geologischen Bodens verursachen, die mit einem Bewässerungsmittel eingeweicht und als gefährlicher Abfall behandelt werden sollte, um zu verhindern, dass die Verunreinigung in den geologischen Boden eindringt.

Die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle wird keine signifikanten Auswirkungen auf den geologischen Boden haben.

Die Bedingungen beruhen auf § 6 Absatz (1) und (2) und § 15 Absatz (1) des Gesetzes Nr. LIII von 1995 über die allgemeinen Umweltschutzvorschriften.

Landschafts- und Naturschutz

Die Zero Waste Group Kft. (9685 Szemenye Parzelle 0146/5) führt die mechanische Behandlung und Entsorgung von nicht gefährlichen Abfällen auf ihrem Gelände in Szemenye, unter den Parzellen 0146/5 und 0146/6 durch.

Das der geplanten Investition nächstgelegene Gebiet von naturschutzfachlicher Bedeutung ist das ca. 2,8 km, in südwestlicher Richtung entfernte Naturschutzgebiet Jeli Arboretum, das gemäß der Verordnung Nr. 109/2007 (XII.27.) des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwesen ein geschütztes Naturgebiet von nationaler Bedeutung ist. Das nächstgelegene Schutzgebiet ist das Natura 2000-Gebiet, Teil des genehmigten Gebietes von herausragender Bedeutung für den Naturschutz HUON 20008, das als Rába- und Csörnőc-Tal bezeichnet wird und mehr als 4 km vom Planungsgebiet entfernt liegt, gemäß der Regierungsverordnung Nr. 275/2004 (X. 8.) über die bedeutenden Naturschutzgebiete der Europäischen Gemeinschaft (im Weiteren: Verordnung). Es ist nicht zu erwarten, dass der Status der Schutzgebiete und Natura 2000-Gebiete durch die vorgeschlagene Aktivität beeinträchtigt wird.

Das Gebiet hat aufgrund früherer Viehhaltung und landwirtschaftlicher Aktivitäten alle Spuren seiner natürlichen Vegetation verloren. Es wird erwartet, dass die geplante neue Tätigkeit zum Überleben der für die gestörten Gebiete typischen ruderalen Vegetation führen wird. Das Grundstück ist von landwirtschaftlichen Flächen umgeben.

Aufgrund der obigen Ausführungen kann der Schluss gezogen werden, dass die vorgeschlagene Tätigkeit keine negativen Auswirkungen auf die Umgebung haben wird, so dass die **einheitliche Umweltnutzungsgenehmigung aus dem Gesichtspunkt des Landschafts- und Naturschutzes erteilt werden kann.**

Aufgrund von § 11 Absatz (1) der Regierungsverordnung Nr. 624/2022 (XII. 30.) über die Benennung von Stellen, die Aufgaben der Umweltbehörde und der Verwaltung wahrnehmen (im Weiteren: Regierungsverordnung) und der Anlage Nr. 3, Punkt 3, hat das Regierungsamt des Komitats Vas eine Untersuchung zum Thema öffentliche Gesundheit durchgeführt und hat Folgendes festgestellt:

Die Prüfung der eingereichten Dokumentation erfolgte im Hinblick auf die Umwelt- und Kommunalgesundheit, die Bewertung von Gesundheitsrisiken und potenziellen Auswirkungen, die Untersuchung von Umständen und Faktoren, die die Qualität des Grundwassers, seine Verbrauchbarkeit und Nutzbarkeit ohne gesundheitliche Beeinträchtigung beeinflussen, die Bewertung von Schutzabständen zu bewohnten Gebieten (Wohngebäuden), die Durchsetzung von Anforderungen an die öffentliche Gesundheit in Bezug auf Boden, Abwasser, gefährliche Abfälle und den Schutz von Oberflächenwasser für den menschlichen Gebrauch.

Nach den schriftlichen Unterlagen befindet sich die Niederlassung am Stadtrand von Szemenye auf den Parzellen 0146/5 und 0146/6. Der Standort wurde früher für die Tierhaltung und landwirtschaftliche Tätigkeiten genutzt, und ab 2023 werden dort Tätigkeiten zur Verwertung nicht gefährlicher Abfälle durchgeführt.

Gemäß dem Inhalt des Antrags befindet sich das nächstgelegene zu schützende Wohngebäude in nördlicher Richtung auf der anderen Seite der Hauptstraße Nr. 8, Szemenye, Szabadság utca 6 (Parzellenzahl 73), in einer Entfernung von etwa 339 Metern von der wichtigsten Lärmquelle der Anlage - dem Außenschredder.

Das schriftliche Material umfasst auch die Auswirkungen auf Lärm und Erschütterungen, Luftqualität, Landschafts- und Naturschutz, Bodenqualität, Oberflächen- und Grundwasser sowie Abfallentsorgung, aus denen hervorgeht, dass die nicht gefährlichen Abfallentsorgungstätigkeiten am Standort keine signifikanten Risiken für die Umwelt mit sich bringen werden und keine dauerhaften unerwünschten Veränderungen der Lebensbedingungen der Menschen zu erwarten sind.

Hinsichtlich der technischen Fragen, die in die Zuständigkeit der Behörde fallen, wurde festgestellt, dass den Abfallverwertungstätigkeiten auf dem Gelände der ZERO WASTE GROUP Kft. (9865 Szemenye, Parzelle Nr. 0146/5) keine gesundheitlichen Hindernisse entgegenstehen.

Die Regierungsamt des Komitats Vas hat gemäß § 11 Absatz (1) des Regierungserlasses und Punkt 8 des Anhangs 3 ein technisches Gutachten über die **Anforderungen an den quantitativen Schutz der landwirtschaftlichen Flächen** abgegeben und hat Folgendes festgestellt:

Aufgrund der beigelegten Dokumentation und des beglaubigten Grundbucheintrags habe ich festgestellt, dass es sich bei dem zu prüfenden Grundstück um ein Grundstück im Außenbereich, entnommenen Anbauzweigs handelt.

Aufgrund der obigen Ausführungen und unter Berücksichtigung von § 2, Punkt 19 des Gesetzes Nr. CXXIX aus dem Jahr 2007 über den Schutz von landwirtschaftlichen Flächen ist es nicht erforderlich, die Frage des Bodenschutzes zu prüfen.

Aufgrund von § 11 Absatz (1) der Regierungsverordnung und Anhang 3 Punkt 4 hat das Regierungsamt des Komitats Vas die technische **Frage des Schutzes des kulturellen Erbes** geprüft und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Im Rahmen der Prüfung habe ich untersucht, ob die Tätigkeit den gesetzlichen Anforderungen an den Schutz des kulturellen Erbes entspricht, wie im Antrag dargelegt oder unter zusätzlichen Bedingungen.

Auf der Grundlage der meiner Behörde vorliegenden Daten habe ich festgestellt, dass der Standort der Investition nicht im öffentlichen archäologischen Verzeichnis aufgeführt ist.

Gemäß § 11 Absatz (1) des Regierungserlasses und Anhang 3, Punkt 6, hat das Regierungsamt des Komitats Vas eine **Prüfung der Auswirkungen auf den Boden** durchgeführt und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Auf der Grundlage der von Ferenc Nagy, Diplom-Umweltingenieur, Umweltschutzgutachter, im April 2024 erstellten Plandokumentation kann in der technischen Frage des Bodenschutzes hinsichtlich des Qualitätsschutzes des Bodens Folgendes festgestellt werden:

Die Tätigkeit der Verwertung von nicht gefährlichen Abfällen - in voller Übereinstimmung mit den von Ferenc Nagy, zertifizierter Umweltingenieur und Umweltschutzgutachter, im April 2024 erstellten Planungsunterlagen - wird die Qualität des Bodens der umliegenden landwirtschaftlichen Flächen und die Bedingungen der bodenschonenden Bewirtschaftung nicht gefährden.



Gemäß § 11 Absatz (1) des Regierungserlasses und Anhang 3, Punkt 7, hat das Regierungsamt des Komitates Vas eine **Prüfung der Auswirkungen auf die Wälder durchgeführt** und ist zu folgendem Ergebnis gekommen: Die gesamte Fläche des Grundstücks in Szemenye, Parzelle 0146/5 ist kein Wald, aber sie grenzt an die angrenzenden Waldgebiete Szemenye 24 A und 24 C, daher kann die Tätigkeit unter den Bedingungen des verfügbaren Teils genehmigt werden.

Diese Klausel stützt sich auf § 62 Absatz (3) des Gesetzes Nr. XXXVII von 2009 über Wälder, Waldschutz und Waldbewirtschaftung.

Den eingereichten Antrag zur Änderung der einheitlichen Umwelnutzungsgenehmigung prüfend bin ich zu dem Schluss gekommen, dass eine Änderung der im Laufe der Genehmigung vorgenommenen Vorschriften in Bezug auf Lärm, Luftqualität, Naturschutz, geologischen Schutz und öffentliche Gesundheit nicht erforderlich ist.

Begründung des Standpunkts der Fachbehörden, die im Rahmen des Verfahrens zur Änderung der einheitlichen Umwelnutzungsgenehmigung konsultiert wurden:

Begründung des Standpunktes der Fachbehörde Direktion für Katastrophenschutz des Komitats Vas Nr. 36800/2553-3/2024.ált.:

„Die Umweltschutzbehörde hat unter der Nummer VA/KTHF/230-6/2024 bei der Wasserbehörde eine Stellungnahme der zuständigen Behörde zum Antrag der Zero Waste Group Kft. (Sitz: 9685 Szemenye, Parzelle 0146/5, im Weiteren: GmbH) auf Erteilung einer einheitlichen Umwelnutzungsgenehmigung für ihr Betriebsgelände in Szemenye, Parzellen 0146/5 und 0146/6, beantragt.

Gemäß § 1 Absatz (1) des Regierungserlasses Nr. 531/2017 (XII. 29.) über die Benennung bestimmter Behörden, die aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses handeln [im Weiteren: Regierungserlass Nr. 531/2017 (XII. 29.)], bzw. Kapitel 9, Zeilen 2. und 3. der Anlage Nr. 1 ist in dem Verfahren der einheitlichen Umwelnutzungsgenehmigung die in der Befugnis der Fachbehörden für Wasserwesen und Wasserschutz zu überprüfende Fachfrage deren Beurteilung, dass die Wasserversorgung, die Ableitung des entstehenden Niederschlags- und Abwassers, sowie die Reinigung des Abwassers der Tätigkeit gesichert ist, die in der Rechtsnorm, bzw. dem Beschluss bestimmten Vorschriften auf die Schutzzone, Schutzdämme, Schutz der Qualität und Quantität des Oberflächenwassers und des Grundwassers und die Verschlechterung des Zustands des Oberflächenwassers geltend gemacht werden können, weiterhin deren Beurteilung, welche Auswirkung die Tätigkeit auf den Abfluss von Hochwasser und Eis, auf die Erhaltung des Flussbetts hat.

Im Laufe der Studie der von der Umweltschutzbehörde gesandten – erstellt von IMAGINÁCIÓ Mérnökiroda Kft. (Umweltschutzgutachter Ferenc Nagy) im April 2024 – einheitlichen Umwelnutzungsdokumentation, des am 16. Mai 2024 nachträglich gesandten grundlegenden Zustandsbericht (Umweltzustandsbewertung), sowie der mir zur Verfügung stehenden vorherigen Dokumente habe ich Folgendes festgestellt.

Die GmbH möchte auf der unter Szemenye, Parzellenzahl 0146/5 gemieteten Niederlassung in erster Linie das Sammeln von nicht gefährlichen Abfällen, die Vorbereitung zur Nutzung (Vorbehandlung), dann die Nutzung ausführen.

Die geplante Tätigkeit wurde einem Vorprüfungsverfahren gemäß Punkt 107 a) des Anhangs 3 der Regierungsverordnung Nr. 314/2005 (XII. 25.) über die Umweltverträglichkeitsprüfung und das einheitliche Umwelnutzungsgenehmigungsverfahren [im Weiteren: Regierungsverordnung Nr. 314/2005 (XII. 25.)] für nicht gefährliche Abfallverwertungsanlagen mit einer Kapazität von 10 t/d und mehr unterzogen. Im Rahmen des Verfahrens wurde festgestellt, dass die geplante Anlage wahrscheinlich keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt haben wird.

In der Folge wurden auf dem Grundstück ein neues Gebäude für die Abfallverwertung und -lagerung sowie zugehörige Einrichtungen errichtet, für die eine Baugenehmigung erteilt wurde und die sich zu einem großen Teil im Bau befinden; die Installation der Technik ist im Gange.

Die GmbH führt derzeit die Sammlung und Vorbehandlung von nicht gefährlichen Abfällen auf ihrer gepachteten Niederlassung in Szemenye, Parzelle 0146/5, auf der Grundlage der von der Umweltschutzbehörde unter der Nummer VA/KTHF-HO/2064-10/2024 erteilten Abfallwirtschaftsgenehmigung durch. Gemäß der Genehmigung ist das Unternehmen berechtigt, das Produkt als EBS-Brennstoff zu verkaufen, der den Anforderungen der Norm MSZ EN ISO 21640:2021 entspricht.



Die Menge an nicht gefährlichen Abfällen, die gemäß der Abfallbewirtschaftungsgenehmigung vor Ort gesammelt und vorbehandelt werden können, beträgt 175 000 Tonnen/Jahr, von denen 5 000 Tonnen/Jahr verwertet werden können.

Gemäß Punkt 5.3 bb) des Anhangs 2 der Regierungsverordnung Nr. 314/2005 (XII. 25.) ist die Verwertung von nicht gefährlichen Abfällen oder die Summe der Verwertungs- und Beseitigungstätigkeiten für solche Abfälle mit einer Kapazität von mehr als 75 Tonnen pro Tag und die Vorbehandlung von Abfällen, die zur Herstellung von brennbaren Materialien für die Verbrennung oder Mitverbrennung mit einer Kapazität von mehr als 75 Tonnen pro Tag entgegengenommen werden, und die vorgestellte Technologie kann zu einer Verwertung führen, die den Schwellenwert überschreitet, eine Tätigkeit, die einer Umweltnutzungsgenehmigung bedarf. Das Sammeln der angelieferten Abfälle in Ballen, Big-Bags oder als Schüttgut erfolgt in betonierten Lagerbereichen mit einer Gesamtfläche von ca. 8.000 m², wie auf dem Lageplan angegeben. Für die Zwischenlagerung von Fertigprodukten stehen insgesamt 1620 m² zur Verfügung. Auf der Niederlassung werden die angelieferten Rohstoffe im Wesentlichen gesammelt und vor der Abfallbehandlung in 4 großen betonierten Lagerbereichen gelagert. Darüber hinaus gibt es einen Lagerbereich (Puffer) westlich des Vorzerkleinerungsbereichs, in dem der teilweise verarbeitete Abfall nach der Vorzerkleinerung zwischengelagert wird.

Die mit der auszuführenden Tätigkeit verbundene Technik wird vom Bauherrn teilweise im Freien, teilweise im Technikgebäude und teilweise im neuen Fertigwarenlager untergebracht.

Die sozialen Einrichtungen für die Arbeitnehmer befinden sich in dem bestehenden Bürogebäude auf der Niederlassung.

Auf der Niederlassung wird grundsätzlich in zwei verschiedenen Betriebsarten gearbeitet.

Die angewandten Behandlungsverfahren:

- Sammlung
- Umwandlung: Zerkleinern, Sortieren (nach Form und Materialqualität), Mischen
- Verwertung
- Verarbeitung zu einem solchen Material, das als Brennstoff oder Kraftstoff verwendet werden kann

Durch die Mischung der vorbehandelten Abfälle im richtigen Verhältnis und die Zerkleinerung auf die richtige Korngröße sollen Ersatzbrennstoffe aus Abfällen mit SRF-Qualität und aus Abfällen, die diese nicht erreichen, aber nicht separat zu einer solchen RDF Herstellung verwertet werden können, hergestellt werden, die zum Teil als Verwertungsprodukt und zum Teil als Brennstoff aus den vorbehandelten Abfällen verkauft werden sollen.

Wenn am Ende des Prozesses brennbarer Abfall in RDF-Qualität anfällt, wird er zur thermischen Verwertung an einen zugelassenen Betreiber geschickt.

Das Endprodukt (EBS- oder RDF-gerechter Abfall) wird in loser Schüttung in der Lagerhalle gelagert, möglicherweise in speziellen Silos, aber getrennt. Nach der Lagerung wird es zur thermischen Verwertung zu einem zugelassenen Betreiber (in der Regel Zementwerke) gebracht.

Im zentralen Teil der Niederlassung wurde eine Tankstelle für die Versorgung der firmeneigenen Fahrzeuge mit Kraftstoff eingerichtet. Dazu gehört ein oberirdischer Kraftstofftank mit einem Fassungsvermögen von 10 m³ und einem Schadensschutzsystem.

Ein Löschwasserreservoir befindet sich im Südosten der Tankstelle.

Auf der Niederlassung gibt es keine Grundwasserüberwachungsbrunnen. Bei meiner Überprüfung des nachträglich übermittelten Berichts über den Ausgangszustand (Bericht über den Zustand der Umwelt) habe ich festgestellt, dass die Tätigkeit unter angemessenem technischem Schutz durchgeführt wird und dass am Standort keine Verunreinigung zu erwarten ist. Der Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung zur Ermittlung des Ausgangszustands ist akzeptabel.

Die Niederlassung berührt keine gefährdeten Trinkwasserquellenschutzgebiete, Schutzzonen, Uferzonen von Wasserläufen oder große Wasserlaufbetten.

Die auf der gegenständlichen Niederlassung ausgeführten Tätigkeiten werden keine Auswirkungen auf den Abfluss von Niederschlagswasser, Überschwemmungen, Eisabfluss oder die Instandhaltung von Ufern haben, und die gesetzlichen Anforderungen an den Schutz der Oberflächen- und Grundwasserqualität können zusätzlich zu den in der Rechtsnorm festgelegten Vorschriften durchgesetzt werden. Die Gestaltung des zur Tätigkeit in Anspruch genommenen Geländes entspricht den Anforderungen an den Schutz des Oberflächen- und Grundwassers.

Ich habe meine Vorschriften auf der Grundlage von § 8 Punkt c), § 10 Absatz (1) und (2) der Regierungsverordnung Nr. 219/2004 (VII. 21.) § 5 Absatz (1) der Regierungsverordnung Nr. 220/2004 (VII. 21.) über die Vorschriften zum Schutz der Qualität der Oberflächengewässer und § 44/B des Gesetzes LVII von 1995 über die Wasserwirtschaft erlassen.

Auf der Grundlage des Antrags, der mir von der Umweltschutzbehörde übermittelten Standard-Umweltdokumentation, des nachträglich übermittelten Berichts über den Ausgangszustand (Umweltzustandsbericht) und der verfügbaren Unterlagen habe ich die im verfügbenden Teil dargelegte Entscheidung getroffen.

Im Rahmen des Verfahrens der Fachbehörde wurden keine Gebühren für Verwaltungsdienstleistungen gemäß Anlage 2 des Erlasses Nr. 13/2015 (III.31.) des Innenministeriums über die Gebühren für Verwaltungsdienstleistungen in den Verfahren der Wasser- und Wasserschutzbehörde erhoben. Die vorliegende Stellungnahme der zuständigen Behörde habe ich gemäß § 55 Abs. (1) und (2) des Gesetzes Nr. CL von 2016 über das allgemeine Verwaltungsverfahren [im Weiteren: Allgemeines Verwaltungsverfahren] abgegeben.

Die Möglichkeit eines selbständigen Rechtsbehelfs gegen die Entscheidung der zuständigen Behörde wird durch § 55 Absatz 4 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes ausgeschlossen.

Die Zuständigkeiten und Befugnisse der Behörde für Wasserwirtschaft bestimmen sich nach § 10 Absatz (1) Punkt 6, § 10 Absatz (2) Punkt 6 der Anlage 2 der Regierungsverordnung Nr. 223/2014 (IX. 4.) über die Bestimmung der Stellen, die die Aufgaben der Wasserverwaltung und der Wasser- und Gewässerschutzbehörden wahrnehmen, sowie nach Kapitel 9 Punkt 2 und 3 der Anlage 1 der Regierungsverordnung Nr. 531/2017 (XII. 29.).“

Begründung des Beschlusses der zuständigen Fachbehörde Nr. 36800/2553-6/2024.ált. der Direktion für Katastrophenschutz des Komitats Vas bezüglich der Änderung der einheitlichen Umweltnutzungsgenehmigung:

„Die Umweltschutzbehörde hat unter der Nummer VA/KTHF/230-6/2024 bei der Wasserbehörde eine Stellungnahme der zuständigen Behörde zum Antrag der Zero Waste Group Kft. (Sitz: 9685 Szemenye, Parzelle 0146/5, im Weiteren: GmbH) auf Erteilung einer einheitlichen Umweltnutzungsgenehmigung für ihr Betriebsgelände in Szemenye, Parzellen 0146/5 und 0146/6, beantragt.

Gemäß § 1 Absatz (1) des Regierungserlasses Nr. 531/2017 (XII. 29.) über die Benennung bestimmter Behörden, die aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses handeln [im Weiteren: Regierungserlass Nr. 531/2017 (XII. 29.)], bzw. Kapitel 9, Zeilen 2. und 3. der Anlage Nr. 1 ist in dem Verfahren der einheitlichen Umweltnutzungsgenehmigung die in der Befugnis der Fachbehörden für Wasserwesen und Wasserschutz zu überprüfende Fachfrage deren Beurteilung, dass die Wasserversorgung, die Ableitung des entstehenden Niederschlags- und Abwassers, sowie die Reinigung des Abwassers der Tätigkeit gesichert ist, die in der Rechtsnorm, bzw. dem Beschluss bestimmten Vorschriften auf die Schutzzone, Schutzdämme, Schutz der Qualität und Quantität des Oberflächenwassers und des Grundwassers und die Verschlechterung des Zustands des Oberflächenwassers geltend gemacht werden können, weiterhin deren Beurteilung, welche Auswirkung die Tätigkeit auf den Abfluss von Hochwasser und Eis, auf die Erhaltung des Flussbetts hat.

Das Ersuchen der Umweltschutzbehörde und des als Anlage beigefügten Antrags, sowie im Laufe des Studierens der mir zur Verfügung stehenden vorherigen Dokumente habe ich hinsichtlich der bezüglichen obigen Fachfragen Folgendes festgestellt.



Die GmbH führt auf ihrer gemieteten Niederlassung unter Szemelye, Parzelle 0146/5 in erster Linie das Sammeln, die Vorbereitung (Vorbehandlung) und Nutzung von nicht gefährlichem Abfall aufgrund der von der Umweltschutzbehörde unter der Nummer VA/KTHF/230-21/2024 herausgegebenen einheitlichen Umwelnutzungsgenehmigung aus. Die Tätigkeit kann aufgrund der Genehmigung bis zum 30. Juni 2029 ausgeführt werden.

Die GmbH beantragt die Menge des in Punkt IV.11. der für sie herausgegebenen einheitlichen Umwelnutzungsgenehmigung festgelegten, nutzbaren Abfalls sich nach der Menge des sammelbaren, vorbehandelbaren Abfalls richtend, bzw. für 175 Tsd. t/Jahr festzulegen. Der Inhalt des Antrags auf Änderung der einheitlichen Umwelnutzungsgenehmigung hat keine Auswirkungen auf Wasser und Gewässerschutz.

Die Überprüfung der obigen Fachfragen erfolgte im Laufe des Verfahrens zur einheitlichen Umwelnutzungsgenehmigung, die Genehmigung wurde dementsprechend herausgegeben.

Die Wasserversorgung, die Ableitung des Abwassers und Niederschlagswassers der Niederlassung ist gelöst. Die Fläche der Niederlassung berührt nicht das Schutzgebiet einer gefährdeten Trinkwasserbasis, deren Schutzzone, den Uferstreifen eines Wasserlaufs oder das Flussbett. Die betriebsmäßig ausgeübte Tätigkeit hat keinen Einfluss auf den Abfluss von Niederschlagswasser, den Abfluss von Hochwasser und Eis sowie auf die Instandhaltung von Flussbetten und die gesetzlich festgelegten Vorschriften zum Schutz der Qualität von Oberflächen- und Grundgewässern können geltend werden. Die Gestaltung der für die Tätigkeit genutzten Fläche entspricht den Anforderungen bezüglich des Schutzes von Oberflächen- und Grundgewässern.

Die Fläche der Niederlassung gilt aufgrund der durch den § 7 Absatz (4) der Regierungsverordnung Nr. 219/2004 (VII.21.) über den Schutz des Grundwassers genannten Karte und der Anlage Nr. 2, sowie der Anlage der Verordnung Nr. 27/2004 (XII.25.) des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwesen über die Einstufung der sich auf den sensiblen Flächen aus dem Gesichtspunkt des Zustandes des Grundwassers als sensibles Gebiet.

Aufgrund des Ersuchens der Fachbehörde, des durch die Behörde für Abfallwirtschaft gesandten Ersuchens, Antrags, sowie der mir zur Verfügung stehenden vorherigen Dokumente habe ich gemäß dem Inhalt des verfügbaren Teils entschieden.

Im Laufe des Verfahrens der Fachbehörde ist aufgrund der Anlage Nr. 2 der Verordnung Nr. 13/2015 (III.31.) des Innenministeriums über die Verwaltungsgebühren der behördlichen Verfahren des Wasserschutzes keine Pflicht einer Zahlung einer Verwaltungsgebühr aufgetreten.

Den gegenwärtigen fachbehördlichen Standpunkt habe ich aufgrund des §55 Absatz (1) und (2) des Gesetzes Nr. CL von 2016 über die Allgemeine Verwaltungsordnung (im Weiteren: Allgemeine Verwaltungsordnung) herausgegeben.

Die Möglichkeit einer *selbständigen* Berufung gegen den fachbehördlichen Standpunkt wird von dem §55 Absatz (4) der Allgemeinen Verwaltungsordnung ausgeschlossen.

Die Befugnis, sowie die Zuständigkeit der Behörde für Wasserwesen bestimmt der § 10 Absatz (1) Punkt 6 der Regierungsverordnung Nr. 223/2014 (IX.4.) über die Bestimmung der Aufgaben der Behörden für Wasserverwaltung und Wasserwesen, sowie Wasserschutz ausführenden Organe, sowie der § 10 Absatz (2) und der Punkt 6 der Anlage Nr. 2, weiterhin der §1 Absatz (1) der Regierungsverordnung Nr. 531/2017 (XII.29), bzw. die Zeilen 2 und 3 des Kapitels 9 der Anlage Nr. 1.

Begründung des fachbehördlichen Standpunktes der Abteilung für Bergbauaufsicht der Hauptabteilung für Bergbau und Gasindustrie der Aufsichtsbehörde der Regierten Tätigkeiten Nr. SZTFH-BANYASZ/7158-4/2024:

„Das Regierungsamt des Komitats Vas hat in der gegenständlichen Sache der ZERO WASTE GROUP Kft. den fachbehördlichen Standpunkt der Bergbauaufsicht beantragt.

bilingua hu. info@bilingua.hu

Hinsichtlich der Fachfrage bezüglich der Überprüfung der auf den Ackerboden ausgeübten Wirkungen ist die Behörde aufgrund des § 52 Absatz (1) und § 14 Absatz (4), § 11 Absatz (1), § 12 Absatz (5) und der Anlage Nr. 2 der Regierungsverordnung Nr. 383/2016 (XII.2.) über die Bestimmung der die Verwaltungsaufgaben für Ackerwirtschaft versorgenden Organe vorgegangen.

Die Rechtsgrundlage der Verwaltungsgebühr für das Änderungsverfahren der einheitlichen Umweltnutzung habe ich unter Beachtung der Anlage Nr. 3 Punkt 4 der Verordnung Nr. 14/2015 (III.31.) des Ministeriums für Ackerbau über die Verwaltungsgebühren behördlichen Umweltschutz- und Naturschutzverfahren festgelegt.

Meinen Beschluss schicke ich an den Notar der Gemeinsamen Selbstverwaltung von Kám aufgrund des § 21 Absatz (8) zum Zweck der Veröffentlichung.

Meinen Beschluss habe ich neben den obigen Rechtsnormen unter Beachtung des § 80 Absatz (1) und § 81 Absatz (1) des Allgemeinen Verwaltungsverfahrens gebracht.

Die Information über das Rechtsmittel gegen den Beschluss habe ich aufgrund des § 71/A des Gesetzes Nr. LIII von 1995 über die allgemeinen Regeln des Schutzes der Umwelt, des § 26/A der Regierungsverordnung Nr. 314/2005 (XII.25.) über die Verfahren der einheitlichen Umweltnutzungsgenehmigung und der §§ 16-118 des Gesetzes Nr. CL von 2016 über die Allgemeine Verwaltungsordnung (im weiteren: Allgemeine Verwaltungsordnung) gesichert.

Die Höhe der Gebühr für das Rechtsmittelverfahren habe ich aufgrund des § 29 Absatz (2) des Gesetzes Nr. XCII von 1990 über die Gebühren (im Weiteren: Gebührengesetz) festgelegt.

Die Befugnis des Regierungsamtes des Komitats Vas bestimmt der § 6 Absatz (1) Punkt c) der Regierungsverordnung Nr. 625/2022 (XII.31.) über die Bestimmung der Organe der Ausführung der Behörden- und Verwaltungsaufgaben für Naturschutz, und der § 5 Absatz (1) Punkt c) der Regierungsverordnung Nr. 624/2022 (XII.30.) über die Bestimmung der Organe der Ausführung der Behörden- und Verwaltungsaufgaben für Umweltschutz; seine Zuständigkeit der § 2 Absatz (1) der oben genannten Regierungsverordnungen.

Das Recht zur Erteilung wurde aufgrund des Kapitels III (12.a.) der Anweisung Nr. 3/2023 (II.3.) über die Ordnung der Erteilung des das Regierungsamt des Komitats Vas leitenden Obergespanns übertragen.

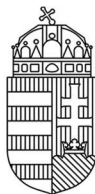
Szombathely, gemäß elektronischen Stempel

Im Namen und der Beauftragung
des Obergespanns
Zoltán Vámos

Attila Bencsics
Hauptabteilungsleiter

Den Beschluss erhalten:

1. Zero Waste Group Kft.
2. Dr. Péter Reichert Rechtsanwalt
3. Selbstverwaltung der Gemeinde Szemenye
4. Behördenabteilung für Katastrophenschutz der Direktion für Katastrophenschutz des Komitats Vas
5. Aufsichtsbehörde für Geregelte Tätigkeiten
6. Hauptabteilung für öffentliche Gesundheit des Regierungsamts des Komitats Vas
7. Grundbuchabteilung 6 der Hauptabteilung des Grundbuchamtes des Regierungsamts des Komitats Vas
8. Bauwesenabteilung 1 der Hauptabteilung für Bauwesen und Erbschutz des Regierungsamts des Komitats Vas
9. Abteilung für Pflanzen- und Bodenschutz der Hauptabteilung für Agrarwesen des Regierungsamts des Komitats Vas
10. Forstabteilung der Hauptabteilung für Agrarwesen des Regierungsamts des Komitats Vas
11. Notar der Gemeinsamen Selbstverwaltung Kám



VAS VÁRMEGYEI KORMÁNYHIVATAL

Iktatószám: VA/KTHF/29-2/2025.

Ügyintézők: Szalai Péter
Csuha Viktória
Pernyész István
Katavics Eszter Ágota
Szanyi Zsófia
dr. Monostori Veronika

Telefon: 70/705-12-11

Tárgy: A ZERO WASTE GROUP Kft. 9685 Szemenye, 0146/5. 0146/6 helyrajzi szám alatti telephelyére vonatkozó VA/KTHF/230-34/2024. számon egységes szerkezetbe foglalt egységes környezethasználati engedély módosítása

HATÁROZAT

A ZERO WASTE GROUP Kft. (9685 Szemenye, 0146/5. hrsz., továbbiakban: Engedélyes) részére a 9685 Szemenye, 0146/5; 0146/6 helyrajzi szám alatti telephelyén végzett tevékenység vonatkozásában az Engedélyes megbízásából eljáró dr. Reichert Péter ügyvéd (8000 Székesfehérvár, Koronázó tér 1.) által benyújtott kérelem alapján a VA/KTHF/230-34/2024. számon egységes szerkezetbe foglalt egységes környezethasználati engedélyt

módosítom és egységes szerkezetbe foglalom

az alábbiakban rögzített feltételek betartása mellett.

I.

Általános adatok

Egységes környezethasználati engedélyes: Zero Waste Group Kft. (9685 Szemenye, hrsz. 0146/5.)

Az engedélyes KSH azonosító száma: 27331129-4677-113-19

Tevékenység folytatásának helye: Szemenye, hrsz. 0146/5, 0146/6

A létesítmény súlyponti EOY koordinátái: Y = 487579, X= 196948

Az engedélyes Környezetvédelmi Ügyfélazonosító Jele (KÜJ): 103715191

Az engedélyes Környezetvédelmi Területi Jele (KTJ): 103006735

Az engedélyes cégjegyzékszáma: Cg. 18-09-115571

Az egységes környezethasználati engedély alapján végezhető tevékenység

TEÁOR 3821 '08 - Nem veszélyes hulladék kezelése, ártalmatlanítása

TEÁOR 3832 '08 - Hulladék újrahasznosítása

A környezeti hatásvizsgálati és az egységes környezethasználati engedélyezési eljárásról szóló 314/2005. (XII.25.) Kormányrendelet (Továbbiakba: Rendelet) 2. számú mellékletének 5.3. b) szerint a nem veszélyes hulladékok hasznosítása, vagy ezekre irányuló hasznosítási és ártalmatlanítási tevékenységek összessége 75 tonna/nap kapacitáson felül, az alábbiak közül egy vagy több tevékenység szerint, és a települési szennyvíz kezeléséről szóló, 1991. május 21-i 91/271/EGK tanácsi irányelv hatálya alá tartozó tevékenységek kivételével:

ba) biológiai kezelés,

bb) hulladék előkezelése égetés vagy együttégetés céljából,

bc) salak és hamu kezelése,

bd) fémhulladék kalapácsos shredderrel történő kezelése, ideértve a hulladék elektromos és elektronikus berendezéseket, valamint az elhasznált járműveket és azok alkatrészeit.

A Rendelet 2. számú mellékletének 5.3. bb) pontja szerint az átvett hulladékok előkezelése az éghető anyagok előállítása és így későbbi égetés/együtt égetés céljából történik 75 t/nap kapacitás felett.

Az engedélyezett tevékenység keretében az engedély IV. Hulladékgazdálkodás 1. pontjában szereplő nem veszélyes hulladékok gyűjtése, előkezelése és hasznosítása végezhető Szemenye, 0146/5 és 0146/6 hrsz. alatti telephelyen.

Nem veszélyes hulladékok gyűjtése: G0001

Nem veszélyes hulladékok előkészítő műveletei R12 érdekében:

Fizikai előkezelés, átalakítás

a) E02 - 03 aprítás (zúzás, törés, darabolás, őrlés);

b) E02 - 05 válogatás alaki jellemzők szerint (osztályozás);

c) E02 - 06 válogatás anyagminőség szerint (osztályozás);

d) E02 - 16 keverés;

Nem veszélyes hulladékok hasznosítása:

a) R1b - Olyan anyaggá történő feldolgozás, amelyet tüzelőanyagként vagy üzemanyagként használnak fel

b) R3 - Oldószerként nem használatos szerves anyagok újrafeldolgozása, visszanyerése (ideértve a komposztálást és más biológiai átalakítási folyamatokat is, továbbá ez a művelet magában foglalja az újrahasználatra való előkészítést, az összetevőket vegyi anyagként felhasználó gázosítást és pirolízist, valamint a szerves anyagok feltöltés formájában történő visszanyerését)

II.

A telephelyen folytatott tevékenység és annak jellemző adatai

Engedélyes a tevékenységét a Szemenye, 0146/5 és 0146/6 hrsz. alatti bérelt telephelyén kívánja végezni.

A telephelyre beérkező nem veszélyes hulladékokat szemrevételezést követően átveszik. Az irodaépületben elvégzik a szükséges adminisztrációs feladatokat. A mérlegelés hídmérlegen automatikus mérlegelő szoftver segítségével történik. A telephelyen a műszakvezető kijelöli a beérkező hulladékok (alapanyagok) lerakásának a helyét. A hulladékok mozgását rakodógépekkel végzik.

Amennyiben szállítás, mozgatás közben a bálá szétesik, akkor ömlesztve kerül a tárolóhelyre. A beérkező hulladékok (alapanyagok) tárolására 8.000 m² terület áll rendelkezésre a telephely középűs részén. Mivel a beszállított, lerakott hulladék jelentős része fólia jellegű, amely nemcsak a lerakást követően, hanem a kültéri előaprítás során is ki van téve annak, hogy erősebb szél messzire elfújhatja, ezért a telephely tárolói és kültéri kezelő területe 4,8 m magas betonfalakkal van védve több oldalról. Ezenkívül a földtöltéseknek is részben ez a szerepük.

A hulladékok kezelése részben az udvaron lévő betonozott kezelőtéren, részben a telephelyen lévő betonozott padozatú zárt technológiai épületben történik. A tárolóhelyekről folyamatosan szállítják

kezelésre a hulladékot. A kültéri kezelőterre és a technológiai csarnokba mindig annyi hulladék kerül, amennyi az adott kezeléshez aktuálisan szükséges. A kezelési technológia lényege, hogy a telephelyen szilárd, egybefüggő burkolattal ellátott felületen gyűjtött anyagokat válogatás után a tervezett minőséghez igazítottan elegyítik és aprítják a kezelő csarnokban. A hulladékok részben önállóan, részben keverten kerülnek adagolásra az aprítóba, darálóba, melyet a kívánt (megrendelő adagolási feltételeitől függő) méret elérése esetén tárolnak a telephelyen lévő csarnoképületben és ahhoz kapcsolódó fedett tárolóban.

A hulladékot (alapanyagot) teleszkópos rakodógéppel adják fel a kültéri kezelőteren lévő előaprítóba. Az alternatív technológia első előaprítója a Lindner Meteor 2500 nevű berendezés, a fő technológiáé a Lindner Jupiter 3200 előaprító gépe. Az alternatív technológia esetén az első előaprítás után a kültéri kezelőteren rostálás, majd újabb aprítás történik a Lindner Komet 1100-as aprítóval. Az előaprítás közben vasleválasztás is történik.

A fémetől nagyrészt megtisztított hulladékot (alapanyagot) ezután szállítószalag szállítja a kezelőtértől betonfallal elválasztott átmeneti tárolóterre. Innen rakodógépek szállítják az aprított, válogatott, ám további kezelésre szoruló hulladékot (alapanyagot) a technológiai épület NY-i homlokzatának D-i sarka közelében kialakított adagoló garathoz, ahonnan az rákerül az utóaprító technológiai sorra.

Az alapanyag a garatban szállítószalagra kerül, amely egy rostára viszi. A rostálás során a 30 mm-nél kisebb méretű (megfelelően finom frakciójú) anyagok áthordó csigára kerülnek. A rostálás során 30 mm-nél nagyobb méretű (durvább frakciójú) anyagból előbb vasfémek, majd egyéb fémek kerülnek kiválasztásra technológiai berendezéssel (örvényáramú szeparátor). Ezt követően a NIHOT SDX 1400 légosztályzó osztályozza a maradék alapanyagot méret és súly szerint (zavaró anyagok leválasztása, főként beton, kő és üveg). A már megfelelő összetételű alapanyag ezt követően a szükséges szemcseméret elérése érdekében a csarnokba telepített Lindner Komet 2800 HP (utó)aprító berendezésen kerül átvezetésre. Ezzel kerül sor a 30 mm-nél még mindig nagyobb méretű műanyagok kisebbé aprítására.

A finom aprítás, valamint az azt megelőző rostálás, a kétlépcsős fémleválasztás és a légosztályozás épületen belül zajlik zárt nyílászárók mellett – éjjeli időszakban is.

A csarnokban történő műveleteket követően a késztermék áthalad egy hő és szikra érzékelőn, mely szintén biztonsági céllal kerül kialakításra. A technológiai épületben létrehozott késztermék tároló csarnokba való áthordása a két épület közötti csigán keresztül történik. A késztermék az arra kijelölt tárolóépületbe (ponyvacsarnokba) kerül betonfalakkal kialakított tároló silókba. A silókból rakodógép segítségével szállítójárművekbe rakodják a készterméket, majd kb. 18-22 tonnás raksúllyal kamionokkal elszállítják.

A technológiai folyamat végén keletkező darálékot (készterméket) az MSZ EN ISO 21640:2021-es szabvány előírásainak való megfelelést követően SRF minőségű tüzelőanyagként adják át a partnereknek. A szilárd, újrahasznosítható tüzelőanyag SRF minőséget akkreditált laboratórium vizsgálja be. Amennyiben a technológiai folyamat végén RDF minőségű éghető hulladék keletkezik, az 19 12 10 azonosító kódon termikus hasznosítási céllal kerül engedéllyel rendelkező kezelőhöz. A késztermék (SRF vagy RDF minőségű 19 12 10 azonosító kódú hulladék) tárolása a tároló csarnokban, esetleg arra kijelölt silókban történik ömlesztve, de elkülönítve. A tárolás után termikus hasznosítási céllal átadásra kerül engedéllyel rendelkező kezelőhöz (jellemzően cementgyárakba).

Személyi feltételek

A telephelyen 3 irodai és 12 fő fizikai dolgozó végzi a munkát 3 vagy 4 műszakban. A Kft. 1 fő környezetvédelmi vezetőt alkalmaz, aki a környezetvédelmi megbízott is egyben.

Gépek, berendezések

Az előaprítás tekintetében két technológiai gépsor került telepítésre: a fő- és az alternatív technológia.

Fő technológia munkafolyamata kültéren:

- Lindner Jupiter 3200 előaprító
- vasleválasztó
- adagoló garat
- szállítószalag

Az alternatív technológia munkafolyamatai kültéren:

- Lindner Meteor 2500 előaprító
- SM-620 mobil dobrosta
- Komet 1100 utóaprító
- szállítószalag

A két technológiát egymást kizáró módon üzemeltetik, mivel alapvetően a fő technológia működik majd, azonban bármilyen meghibásodás vagy tervezett karbantartás esetén az alternatív technológia felé kerülnek feladásra az alapanyagok. Az előaprított terméket egy átmeneti tárolóban gyűjtik, majd onnan rakodógéppel kerül feladásra a technológiai épületbe (adagoló garat).

A szeparációk és utóaprítás a technológiai épületben zajlik:

- rosta (vibro)
- kombinált vas- és alumínium-leválasztó
- NIHOT SDX 1400 légosztályzó
- Lindner Komet 2800 HP utóaprító
- áthordó szalag a zárt késztermék tároló épület felé

A teljes technológiai sor alapanyagait és késztermékeit az alábbi rakodógépekkel szállítják, rakodják a tárolóterek és a kezelőtér, illetve a kezelőtér és a technológiai épület között, továbbá az újonnan épült késztermék tároló épületben:

- Liebherr 538 homlokrakodó
- Liebherr T60-9s teleszkópos rakodók
- Bobcat TL38.70HF teleszkópos rakodók
- JCB 560-80 WM teleszkópos rakodó
- HC CPCD35XW27F (bálafogós) targonca

Az átvett hulladékok gyűjtése bálázva, big-bag zsákokban, vagy ömlesztett formában, a helyszínrajzon jelölt összesen mintegy 8.000 m²-en betonozott tároló helyeken történik. A késztermékek átmeneti tárolására 1620 m² áll rendelkezésére.

Épületek, építmények

Meglévő irodaépület: Iroda és szociális helyiségek funkcióval.

Meglévő gazdasági épület: Raktározás és karbantartó műhely funkcióval.

Új technológiai épület: Szendvicspanel burkolatú acélvázaz csarnoképület, amelyben a hulladékkezelési technológia jelentős része zajlik.

Új tároló épület: Késztermék tárolására szolgáló acélvázaz ponyvás épület, amelyben a tehergépjárművek megrakodása is zajlik.

Alapanyag-tároló területek: A telephelyen alapvetően 4 nagyobb területen vannak betonozott tároló területek. Itt gyűjtik és tárolják a beszállított alapanyagokat a hulladékkezelés előtt. Ezenkívül az előaprítás kezelőtérétől NY-ra is van egy tároló terület (puffer), ahol az előaprítás utáni, részben

feldolgozott hulladék kerül átmeneti tárolásra. A tároló területek 4,8 m magas betonfallal U-alakban vannak körbe véve, 80 cm magas betontestekből felépítve.

Kezelő terület: A technológiai épület közelében, attól ÉNY-ra lett kialakítva a betonozott kültéri kezelő terület. Itt előaprítás, rostálás, fémleválasztás történik, és a szállítószalag viszi az alapanyagot a NY-ra lévő átmeneti tároló területre. A kezelő terület itt is 4,8 m magas betonfallal U-alakban van körbe véve, 80 cm magas betontestekből felépítve. A 4,8 m magas falak a tároló területeken és a kültéri kezelő területen egyúttal az apró és könnyű anyagok szél általi elhordásának megakadályozására is szolgálnak.

Üzemanyagtöltő állomás: A telephely középső részén kialakításra került egy üzemanyagtöltő állomás a saját gépjárművek üzemanyaggal való ellátása céljából. Ehhez egy föld feletti, kármentővel ellátott, 10 m³-es térfogatú üzemanyag-tároló tartály tartozik.

Tűzivíztározó: A töltőállomástól DK-re található a tűzivíztározó, amelyre azért van feltétlenül szükség, mert a beszállított anyagok esetenként nem teljesen homogének, így keveredhetnek köztük elemek, fémdarabok is, amelyek az előaprítás jelentős fizikai igénybevétele során begyűjthetik az alapanyagot.

Parkolók: A telephely É-i sarka közelében a bejáratú út két oldalán összesen 10 személygépkocsi részére kavicsos parkolók létesültek.

Hídmérlegek: Alapanyag-beszállítás hídmérlege a bejáratú úton található a telephely É-i részén. Késztermék-kiszállítás hídmérlege a késztermék tárolására szolgáló ponyvás csarnokban helyezkedik el.

Földtöltés: Kb. 4 m magas szélfogó töltés a telephely NY-i, É-i, valamint D-i részén. A töltések az apró és könnyű anyagok szél általi elhordásának megakadályozására is szolgálnak.

Alkalmazott technológia elemei

A végezni kívánt tevékenységhez kapcsolódó technológiát részben a telephely szabadtéri részén, részben a technológiai épületben, illetve az új késztermék tároló épületben végzik.

A telephelyen alapvetően kétféle üzemállapotban dolgoznak. A hasznosítási technológia éjjel-nappal folyamatosan üzemel, amellyel párhuzamosan nappal 06 - 17 óráig a hulladék alapanyagok beszállítása és késztermékek kiszállítása is történik.

A hasznosítási technológia folyamatai:

1. hulladék beszállítása a telephelyre tehergépjárművekkel
2. beérkezett hulladék tárolóhelyen gyűjtése
3. a hulladék előaprítóhoz szállítása a tárolóból
4. előaprítás
5. vasleválasztás
6. a hulladék szállítószalaggal történő átszállítása a kezelő terület mögötti átmeneti tároló területre
7. a hulladék átmeneti tároló területről technológiai épület melletti adagológarathoz szállítása és garatba beöntése rakodógéppel
8. rostálás (a finom frakció leválasztást követően csigás áthordón a késztermék-tároló épületbe kerül)
9. a durvább frakció ezt követően ismételt fémleválasztáson megy át két lépcsőben (vas, majd alumínium-leválasztás)
10. a durvább frakció légosztályozása (inert – pl. kő, üveg, beton – anyagok leválasztása)
11. a durvább frakció utóaprítása (késztermék méretre)

12. áthordó csiga segítségével a késztermék-méretű anyag áthordása csigas adagolóval a technológiai csarnokból a késztermék tároló épületbe

13. késztermék rakodása a tároló épületben kamionokra

14. késztermék kiszállítása a telephelyről kamionokkal.

A technológia 1.-7. pontja az udvaron, a 8.-11. pontja a technológiai épületben, a 12. és 14. pontja az új tároló épületben, 12. pontja a technológiai épület és a tároló épület között zajlik zárt szállítócsigával.

A fő technológia része egy kültéri előaprító (Lindner Jupiter 3200), illetve a hozzá kapcsolódó mágnes. A fő technológia alkalmazása során a kültéri tárolóba előaprított, részben vastalanított anyag kerül.

Amikor a fő technológia berendezései meghibásodás vagy karbantartás miatt nem üzemelnek, akkor az ú.n. alternatív technológia berendezései veszik át a termelési feladatokat a kültéri kezelőtéren. Az alternatív technológia esetében az utóaprítás is kültéren történik. Az előaprítás (Lindner Meteor 2500) és vasleválasztást követően rostálás történik a finom frakció leválasztásához. A durva anyag utóaprítóval (Lindner Komet 1100) kerül leaprításra a végleges méretre.

A hulladékkezelés során segédanyagokat nem használnak fel. A telephelyen végzett tevékenység során normál körülmények között szociális eredetű, települési szilárd hulladék keletkezésével kell számolni. A munkavégzés helyén a dolgozók kommunális hulladékának gyűjtődénybe helyezése, majd közszolgáltatónak történő átadása megoldott. A hulladékfeldolgozás során visszamaradó, leválasztott nem veszélyes hulladékot a MOHU Zrt. veszi át. A beérkező alapanyag 5-10 %-a a mechanikai kezelésből visszamaradt hulladék.

A tevékenység végzése során veszélyes hulladékok nem keletkeznek. Veszélyes hulladék keletkezéssel csak esetleges havária helyzetben kell számolni.

A tevékenység személyi, pénzügyi feltételei

Engedélyes környezetszennyezési károkra vonatkozó felelősségbiztosítással rendelkezik.

A pénzügyi biztosíték, a céltartalék, valamint a környezetvédelmi biztosítás hulladékgazdálkodással összefüggő részletes szabályairól szóló 681/2023. (XII. 29.) Korm. rendelet szerint a Kft. 5.000.000,- Ft összegben pénzügyi letétet (pénzügyi biztosíték) helyezett el az Erste Bank Hungary Zrt-nél.

A telephelyen 3 irodai és 12 fő fizikai dolgozó végzi a munkát 3 vagy 4 műszakban. A Kft. 1 fő környezetvédelmi vezetőt alkalmaz, aki a környezetvédelmi megbízott is egyben.

III.

A tevékenység környezeti hatásai

Zajvédelem

A telep üzemelésében zajforrást elsősorban a darálógépek és a rakodógépek működése jelenti, de a szállítójárművek is zajt keltenek nappali időszakban. Mivel lakóházak néhány száz méteres távolságban találhatók, ezért a technológiai úgy került megtervezésre, hogy káros zajterhelés a lakóházaknál kizárható legyen. A telephely É-i határa mentén, a telephely és a lakott terület között húzódik a 8-as számú főút, amelynek igen jelentős forgalmi zaja határozza meg az alapszintet a környezetben.

A telephely és környezete, és a legközelebbi védendő

A telephely Szemenye külterületén, a 0146/5 és 0146/6 hrsz-ú ingatlanon helyezkedik el. A terület Szemenye község módosított, hatályos Építési Szabályzata alapján (Gip) Ipari gazdasági terület elnevezésű övezetben található.

Az ingatlantól É-i, K-i és DK-i irányokban (Má) általános mezőgazdasági területek találhatók, NY-ra és D-re (Eg) gazdasági erdőterület fekszik. A telep megközelítése a nagyforgalmú 8-as számú főútról leágazó 0143/2 hrsz-ú ingatlan irányából lehetséges.

A legközelebbi védendő lakóépület É-i irányban található 8-as számú főút túloldalán: a Szemenye, Szabadság utca 6. sz., 73. hrsz alatt (Lf) falusias lakóterületen. Távolsága a legjelentősebb üzemi zajforrástól, a kültéri aprítógéptől kb. 339 m, a 8-as főúttól kb. 58 m.

A másik legközelebbi védendő lakóépület É-i irányban található 8-as számú főút túloldalán: a Szemenye, Szabadság utca 5. sz., 81/1. hrsz alatt (Lf) falusias lakóterületen. Távolsága a legjelentősebb zajforrástól, a kültéri aprítógéptől kb. 342 m, a 8-as főúttól kb. 70 m.

A szállítási útvonalhoz legközelebbi védendő épület a Szemenyével NY-i irányban szomszédos Kámban található. A Kám, Jókai Mór utca 12. sz., 311/4 hrsz alatti lakóépület, (Lf) falusias lakóterületen. Távolsága a 8-as főúttól kb. 11 m.

Járulékos forgalom

Összesen 175 000 tonna hulladék kezelésére és hasznosítására szóló engedélye van a Kft.-nek. Amennyiben a Kft. maximális kapacitással üzemel, akkor a 175 000 tonna alapanyagból közel 175 000 tonna készterméket állítanak elő évente.

Az alapanyag beszállítását és a késztermék kiszállítását átlagosan 20 tonna kapacitású kamionokkal végzik. Az alapanyag- és a késztermékszállítás elkülönül egymástól, ezért 2×175 000 tonna anyag szállítása várható a közutakon a kamionokkal, és oda-vissza elhaladással. A szállítást 2×8750 fordulóban végzik a kamionok évente. Mindez 250 munkanappal számolva naponta 70 kamion oda-vissza közlekedését jelenti a környező utakon.

A telephely forgalma a bejárata és a 8-as számú főút között 100 %-ban a 0143/2 hrsz.-ú, továbbá a 8-as számú Székesfehérvár-Jánosháza-Rábafüzes elsőrendű főúton bonyolódik le a Szabadság utcai és a 0143/2 hrsz.-ú út becsatlakozásától nagyjából 50-50 % arányban kétfelé irányban.

A telephely bekötő útjának 8-as főútba való becsatlakozása és a telephely bejárata között a működéshez kapcsolódóan naponta 70 kamion elhaladás zajlik az egyik és 70 a másik irányban, összesen 140 elhaladás.

A 0143/2 hrsz.-ú út mentén védendő épület nincs. A szállítás kizárólag nappali időszakban zajlik – 06-18 óra között, jellemzően 07-15 óra között –, ezért éjjel a telephely működéséhez nem kapcsolódik közúti forgalom.

A telephely működésének várható zajvédelmi hatásai

Üzemi zajforrásnak minősülő gépi berendezések és azok átlagos zajsztípe

A telephelyen kültéren és beltérben működő gépek okoznak jelentősebb zajt, de a belső térből homlokzaton keresztül kijutó zajok jelentősen elmaradnak a kültéren előforduló zajforrások zajkibocsátásától.

A telephelyen elsősorban a fő technológiához tartozó zajforrások keltenek zajt. Az évnek viszonylag kis részében várható, hogy a fő technológiai kültéri zajforrásai nem üzemelnek, és ekkor kültéren főleg az alternatív technológia gépei keltik a zajt, beltérben pedig továbbra is a fő technológia gépsora.

Technológia/ Hely	Gép megnevezése	Működési idő [óra]	Mennyiség [db]
<u>Alternatív technológia</u> Kültér, udvaron	Lindner Meteor 2500 előaprító	Nappal (6-22 óra között)	1
	SM-620 dobroszta		1
	SM-620 dobroszta		1

Fő technológia Kültér, udvaron	Lindner Jupiter 3200 előaprító	24 óra	1
	vasleválasztó		1
	adagoló garat		1
	áthordó csiga		1

A kültéri aprítógépek méretezett zajcsökkentő burkolattal lesznek szükség esetén ellátva. Ebben az esetben burkolatként egy fémvázastartószerkezetre szerelt (akusztikai) szendvicspaneles megoldás készül, amely a berendezések főbb zajkibocsátó egységeit árnyékolni fogja. Ezek kialakítása folyamatban van és a kültéri gépek végleges helyre költözésekor kerül összeszerelésre.

A technológiai épületben jelentős zajt keltő gépekkel éjjel-nappal folyik a munka azonos üzemállapotban.

Technológia / Hely	Gép megnevezése	Működési idő [óra]	Mennyiség [db]
Fő technológia / technológiai épületben	rosta	24 óra	1
	vasleválasztó		1
	alumínium-leválasztó		1
	NIHOT SDX 1400 légosztályzó		1
	Lindner Komet 2800 HP utóaprító		1

Területi zajforrások:

Alapanyag- és késztermékszállítás kizárólag nappal várható. Az alapanyagot szállító tehergépjárművek eltérő útvonalon közlekednek, mint a készterméket kiszállító tehergépjárművek.

Nappal és éjjel jellemzően eltérő helyen zajlik a rakodás eltérő számú rakodógéppel.

Nappali időszakban várhatóan 4 db. rakodógép végzi a rakodást, éjjel 1 db. rakodik a technológiai épülethez közeli területen.

Az alapanyagot és a készterméket naponta, nappali időszakban max. 35-35 db. tehergépjármű szállítja a telephelyen belül két különböző útvonalon. Mindegyik szállító jármű kb. 7,5 percet időzik (mozog és áll) járó motorral a területen.

A szállítási út hatástávolsága, közvetett hatásterület

A dokumentáció alapján megállapítható, hogy a működési fázishoz kapcsolódó forgalom gyakorlatilag alig észlelhető mértékű forgalmi zajnövekményt okoz az alapállapothoz képest, és messze nem éri el a 3 dB-t, így közvetett zajvédelmi hatásterület nem határozható meg.

Hulladékgazdálkodás

A fent ismertetett technológiai folyamat végén keletkező darálékot (készterméket) az MSZ EN ISO 21640:2021-es szabvány előírásainak való megfelelést követően SRF minőségű tüzelőanyagként adják át a partnereknek. Amennyiben a technológiai folyamat végén RDF minőségű éghető hulladék keletkezik, az 19 12 10 azonosító kódon termikus hasznosítási céllal kerül engedéllyel rendelkező kezelőhöz.

A telephelyen végzett tevékenység során normál körülmények között szociális eredetű, települési szilárd hulladék keletkezésével kell számolni. A munkavégzés helyén a dolgozók kommunális hulladékának gyűjtődénybe helyezése, majd közszolgáltatónak történő átadása megoldott. A hulladékfeldolgozás során visszamaradó, leválasztott nem veszélyes hulladékot a MOHU Zrt. veszi át. A beérkező alapanyag 5-10 %-a a mechanikai kezelésből visszamaradt hulladék.

A tevékenység végzése során veszélyes hulladékok nem keletkeznek. Veszélyes hulladék keletkezéssel csak esetleges havária helyzetben kell számolni.

Táj- és természetvédelem

A tárgyi tevékenységgel érintett Szemenye 0146/5 és 0146/6 hrsz.-ú „kivett major” művelési ágú ingatlan és a környező területek sem állnak országos jelentőségű, vagy európai közösségi jelentőségű természetvédelmi oltalom alatt.

A tevékenység a már eleve antropogén hatásokkal terhelt élőhelyre további kedvezőtlen hatást nem gyakorol.

IV.

Üzemelési feltételek, környezetvédelmi előírások

Levegőtisztaság-védelem

1. Tilos diffúz forrás környezetvédelmi követelményeknek nem megfelelő működtetése miatt fellépő levegőterhelés, valamint a levegő lakosságot zavaró bűzzel való terhelése.
2. A tevékenység során keletkező diffúz kiporzást szükség esetén locsolással csökkenteni kell.
3. A telephelyre történő beszállítás, illetve az onnan való kiszállítás zárt karakterű járművel, vagy nyitott karakterű jármű esetén ponyvával takarva történhet.
4. A telephelyen tárolt apró szemcsés hulladéktípusok diffúz kiporzásának elkerülése érdekében darálás kizárólag épületben történhet.
5. A telephelyen szél általi elhordásra hajlamos hulladéktípusok kültéren hálóval takarva, vagy zártan (bálázva) tárolhatók.

Zaj- és rezgésvédelem

6. A kültéri zajforrások közül a legjelentősebb zajkibocsátásúakat a dokumentáció 3.1.4.1 pontjában ismertetett zajcsökkentő burkolással - fémvázastartószerkezetre szerelt (akusztikai) szendvicspanel - ellátva kell üzemeltetni.
7. A teljes telephelyre vonatkozóan környezeti zajmérést kell végezni a határértékek teljesülésének igazolása céljából.
8. A zajmérés alapján pontosítani kell a tevékenység zajvédelmi szempontú hatásterületét.
9. Amennyiben a hatásterületen zajtól védendő objektumok vannak, a zajkibocsátási határértékek megállapításának, valamint a zaj- és rezgés-kibocsátás ellenőrzésének módjáról szóló 93/2007. (XII. 18.) KvVM rendelet 2. mellékletében foglaltak szerinti zajkibocsátási határérték megállapítására vonatkozó kérelmet kell benyújtani hatóságomra. A kérelemben minden védendő területre (a be nem épített területre is) vonatkozóan kell határértéket kérni.
10. A környezeti zajforrást üzemeltető a környezeti zajforrás zajkibocsátásában és zajvédelmi hatásterületén bekövetkező minden olyan változást, amely határérték-túllépést okozhat, továbbá az üzemeltető tevékenységének megszüntetését, az új üzemeltető tevékenységének megkezdését köteles a környezetvédelmi hatóságnak a változást követő 30 napon belül jelenteni.

A 6.-9. pontban foglalt kötelezettségek teljesítési határideje: 2025. május 31. napja.

Hulladékgazdálkodás

11. A telephelyen gyűjthető, előkezelhető és hasznosítható nem veszélyes hulladékok a hulladékok jegyzékéről szóló 72/2013. (VIII. 27.) VM rendelet szerinti kódszáma, megnevezése, valamint mennyisége:

A hulladék		
Azonosító kódszáma	megnevezése	Gyűjthető, előkezelhető és hasznosítható hulladékok mennyisége (t/év)
02 01 04	műanyag hulladék (kivéve a csomagolás)	175.000
03 01 05	fűrészpor, faforgács, darabos eselék, fa, forgácslap és furnér, amely különbözik a 03 01 04-től	175.000
03 03 01	fakéreg és fahulladék	175.000
03 03 07	hulladék papír és karton rost szuszpenzió készítésénél mechanikai úton elválasztott maradék	175.000
03 03 08	hasznosításra szánt papír és karton válogatásából származó hulladék	175.000
04 02 21	feldolgozatlan textilszál hulladék	175.000
04 02 22	feldolgozott textilszál hulladék	175.000
07 02 13	hulladék műanyag	175.000
07 02 17	szerves szilíciumvegyületeket tartalmazó hulladék, amely különbözik a 07 02 16-től	175.000
12 01 05	gyalulásból és esztergálásból származó műanyag forgács	175.000
15 01 01	papír és karton csomagolási hulladék	175.000
15 01 02	műanyag csomagolási hulladék	175.000
15 01 03	fa csomagolási hulladék	175.000
15 01 05	vegyes összetételű kompozit csomagolási hulladék	175.000
15 01 06	egyéb, kevert csomagolási hulladék	175.000
15 01 09	textil csomagolási hulladék	175.000
15 02 03	abszorbensek, szűrőanyagok, törlőkendők, védőruházat, amely különbözik a 15 02 02-től	175.000
16 01 19	műanyagok	175.000
16 02 16	kiselejtezett berendezésből eltávolított anyag, amely különbözik a 16 02 15-től	175.000

A hulladék		
17 02 01	fa	175.000
17 02 03	műanyag	175.000
17 06 04	szigetelő anyag, amely különbözik a 17 06 01 és a 17 06 03-tól	175.000
19 12 01	papír és karton	175.000
19 12 04	műanyag és gumi	175.000
19 12 07	fa, amely különbözik a 19 12 06-tól	175.000
19 12 08	textíliák	175.000
19 12 10	éghető hulladék (pl. keverékből készített tüzelőanyag)	175.000
19 12 12	egyéb, a 19 12 11-től különböző hulladék mechanikai kezelésével nyert hulladék (ideértve a kevert anyagokat is)	175.000
20 01 01	papír és karton	175.000
20 01 10	ruhanemű	175.000
20 01 11	textíliák	175.000
20 01 38	fa, amely különbözik a 20 01 37-től	175.000
20 01 39	műanyagok	175.000
Gyűjteni, előkezelni és hasznosítani kívánt hulladékok összesen		175.000

12. A 11. pontban felsorolt hulladékok gyűjtése, előkezelése és hasznosítása az Engedélyes Szeménnyel 0146/5 és 0146/6 hrsz. alatti telephelyén végezhető.
13. A telephelyen az egyidejűleg gyűjtött hulladékok mennyisége nem haladhatja meg az egyes hulladékok anyagminőség szerint elkülönített gyűjtésére alkalmas helyek összes befogadó kapacitását, azaz a 15.000 tonnát.
14. A hulladéktároló helyen tárolt hulladék fajtáját és típusát a tárolás helyén, megkülönböztető, jól látható, figyelemfelkeltő jelzés, felirat alkalmazásával egyértelműen és olvashatóan fel kell tüntetni.
15. Az előkezelésre és hasznosításra váró hulladékok tárolása bálázva, big-bag zsákokban és konténerben összesen 8000 m²-es betonozott tároló helyeken történhet. Ömlesztett hulladék szabadterén, csak és kizárólag a 4,8 m magas betonfalakkal védett kezelőtérrel tárolható. Egyéb szabadterei helyeken ömlesztett hulladék tárolása TILOS. SRF és RDF tárolása a tároló csarnokban történhet.
16. Az Engedélyes a hulladékról szóló 2012. évi CLXXV. törvény 10.§ (4) bekezdése alapján a hulladéktárolás megszűnésének igazolására alkalmas minőségbiztosítási rendszert kell üzemeltetnie.
17. Engedélyesnek a hulladékgazdálkodási tevékenységét a telephely hulladéktároló helyeinek

kapacitása függvényében úgy kell megszerveznie, hogy a zavartalan hulladékbeszállítás és feldolgozás érdekében a telephelyen gyűjtött, de a telephelyen nem hasznosított hulladékok kiszállítása is folyamatosan biztosítva legyen, a telephelyen a hulladékok tárolásakor el kell kerülni a zsúfoltságot.

18. A hulladékok a telephelyen csak maximum egy évig gyűjthetők, majd olyan – engedéllyel rendelkező – hulladékgazdálkodónak kell átadni, aki/amely gondoskodik a hulladékok további kezeléséről.
19. Amennyiben az előállított anyag minősége nem megfelelő, illetve értékesítése nem megoldható, abban az esetben a hulladék hulladékstátusza nem szűnik meg, így arról a továbbiakban hulladékgazdálkodási engedéllyel rendelkező szervezetnek történő átadásáról gondoskodni kell.
20. A hasznosításra szánt hulladékok és a nem hasznosítható hulladékok nem tartalmazhatnak olyan összetevőket és/vagy olyan szennyeződést, amely a hulladék veszélyes hulladékként történő besorolását eredményezné.
21. Engedélyes köteles a telephelyén gyűjtött hasznosításra váró és nem hasznosítható hulladékokat, valamint már hasznosított anyagokat a környezet veszélyeztetését és szennyeződését kizáró módon gyűjteni. A szél általi hulladékelhordást meg kell akadályozni.
22. Az Engedélyes köteles a hulladékgazdálkodási tevékenységéről a mindenkor érvényes jogszabályok szerinti nyilvántartást vezetni és a hatóság felé adatszolgáltatást teljesíteni.
23. A telephelyen az egyes hulladékgazdálkodási létesítmények kialakításának és üzemeltetésének szabályairól szóló 246/2014. (IX. 29.) Korm. rendelet 21. § (3) bekezdése alapján összeállított üzemnaplót kell vezetni.
24. Havária esetén (üzemanyag-, hidraulikaolaj kiömlés stb.) képződött veszélyes hulladékot a veszélyes hulladékkal kapcsolatos egyes tevékenységek részletes szabályairól szóló 225/2015. (VIII. 7.) Korm. rendelet előírásait alkalmazva, környezetszennyezést kizáró módon kell gyűjteni, további kezelésre csak az arra feljogosított szervezetnek lehet átadni.
25. Az engedély érvényességi ideje alatt a hulladékgazdálkodási tevékenységhez kapcsolódó pénzügyi garanciát (környezetvédelmi felelősségbiztosítás, pénzügyi biztosíték) folyamatosan biztosítani kell, melyet az üzleti év végét követő május 31-ig a hulladékgazdálkodási hatóságnak igazolni szükséges.
26. A telephely bezárásának feltétele az ott található valamennyi hulladék további kezeléséről való gondoskodás, valamint a visszamaradt környezeti állapot bemutatása, dokumentálása Hatóságunk felé.

Földtani közeg védelmi előírások

27. A szennyeződések bekövetkezési lehetőségét a műszaki fegyelem betartásával, a munkagépek rendszeres karbantartásával, a munkagépek műszaki ellenőrzésével és kármentő tálca használatával (üzemanyag tankolás, illetve egyéb olajszármazék töltése esetén) kell csökkenteni.
28. Havária esemény bekövetkezése után az esetlegesen elfolyó szénhidrogén felfogásáról, a szennyezett talaj összegyűjtéséről azonnal gondoskodni kell.

Erdészeti szakkérdést érintő előírás

29. A tevékenység végzése során, a szomszédos erdőterületeket nem érheti káros hatás, károsítás. Az erdő talaját a szomszédos területekről ért károsító hatások megszüntetéséről és következményeinek felszámolásáról a kár előidézője köteles gondoskodni.

Kulturális örökség védelmét érintő előírás

30. A kulturális örökség védelméről szóló 2001. évi LXIV. törvény 24. § (2) bekezdésében foglaltak szerint, amennyiben az építkezés során régészeti emlék, illetőleg lelet kerül elő, a felfedező (a munka felelős vezetője) köteles a régészeti emléket veszélyeztető tevékenységet felfüggeszteni, és hatóságunknak haladéktalanul bejelenteni.

V.

Az egységes környezethasználati engedélyezési eljárásba szakhatóságként bevont szervezetek állásfoglalásai

A Vas Vármegyei Katasztrófavédelmi Igazgatóság vízügyi hatóságként, 36800/2553-3/2024.ált. számon kiadmányozott szakhatósági állásfoglalásában rögzített kikötések:

Vízellátás

A telephely szociális vízellátása közüzemi vezetékes ivóvízhálózatról történik.

A tervezett tevékenységnek technológiai vízigénye nincs.

Szennyvízkibocsátás- és tisztítás

A telephelyen közcsatornára való rákötés műszakilag nem áll rendelkezésre.

Kommunális szennyvíz:

A telephelyen keletkező kommunális szennyvíz gyűjtése zárt, műszaki védelemmel ellátott szennyvízgyűjtő aknában történik. A gyűjtött kommunális szennyvíz elszállítása szükség szerint történik arra engedéllyel rendelkező szakcéggel.

Technológiai szennyvíz:

A nem veszélyes hulladékhasznosítási tevékenységből nem keletkezik technológiai szennyvíz.

Csapadékvíz-elvezetés

A bálázott vagy big-bag zsákokban érkező anyagokból jellegüknél fogva (műanyag, gumi, textil) az eső hatására várhatóan szennyező anyag nem oldódik ki, valamint a tervezett tevékenység jellegéből adódóan a tevékenység végzése során a csapadékvizek nem szennyeződnek. A szennyeződésmentes csapadékvizek a telephelyen elszikkadnak.

A telephelyen csapadékvíz-elvezető árok nem kerül kialakításra, élővízbe történő bevezetés nem kerül kialakításra.

Felszíni és felszín alatti vizek védelme

A telephely felszíni vizeket nem érint. A telephelytől Ny-i irányban kb. 275 m távolságba húzódik a Szemenyei-patak. Az érintett terület a Rába vízgyűjtőjéhez tartozik.

A telephely alatt a talajvíz nyugalmi vízszintje kb. 2-3 m mélységben található.

A telephely területe a felszín alatti vizek védelméről szóló 219/2004. (VII. 21.) Korm. rendelet [a továbbiakban: 219/2004. (VII. 21.) Korm. rendelet] 7. § (4) bekezdése által nevesített térkép és a 2. számú melléklet, valamint a felszín alatti víz állapota szempontjából érzékeny területeken levő települések besorolásáról szóló 27/2004. (XII. 25.) KvVM rendelet (a továbbiakban: 27/2004. (XII. 25.) KvVM rendelet) melléklete alapján a felszín alatti víz állapota szempontjából érzékeny területnek minősül.

A telephely területén korábban állattartó, mezőgazdasági tevékenység folyt.

Monitoring rendszer

A benyújtott alapállapot-jelentés (környezetvédelmi állapotfelmérés) alapján a területen Karáthterv Mérnöki Kft. 5 db feltáró talajfúrást végzett.

A talajmintákat akkreditált módon gyűjtötték. Az esetleges szennyezések feltárása talajmintavétellel, s azt követően a talajminták elemzésével valósult meg.

A talajminták laboratóriumi eredményeinek kiértékelésekor a földtani közeg és a felszín alatti víz szennyezéssel szembeni védelméhez szükséges határértékekről és a szennyezések méréséről szóló 6/2009. (IV. 14.) KvVM-EüM-FVM együttes rendelet a földtani közeg és a felszín alatti víz szennyezéssel szembeni védelméhez szükséges határértékekről és a szennyezések méréséről 3. melléklet A) rész Anyagcsoportonként (B) szennyezettségi határértékei biztosítottak, a mérési eredmények határértékek alattiak. Az eredmények nem utaltak szennyezésre.

A telephelyen létesített üzemanyag-töltő állomás területe kármentő tálcával ellátott. Sem üzemanyag-tankolás, sem egyéb olajszármazék töltése esetén nem várható a talaj, illetve a földalatti vizek szennyeződése.

A telephely alatti talajvíz vízminőségének megfigyelésére monitoring rendszer nem létesült.

Vízvédelmi előírások

1. A telephelyen tervezett tevékenység során a csapadékvizek, felszíni, felszín alatti vizek nem szennyeződhetnek. Csak tiszta, szennyezettlen csapadékvizek szikkaszthatók el.
2. A vízfogyasztással arányosan keletkező kommunális szennyvizek gyűjtése és átmeneti tárolása a zárt vasbeton szennyvízgyűjtő aknában történhet. A keletkező kommunális szennyvizek elszállítását a településen szennyvízszállításra közszolgálati szerződéssel rendelkező vállalkozó végezheti. A szállítások számláit meg kell őrizni és hatósági ellenőrzés alkalmával be kell mutatni.
3. A telephelyen az előállított RDF/SRF szilárd újrahasznosítható tüzelőanyag (megfelelő szemcseméretű és összetételű darálék) szél és esővíz általi széthordását meg kell akadályozni.

Jelen szakhatósági állásfoglalás az eljárást befejező döntés elleni jogorvoslat keretében támadható meg.

A Szabályozott Tevékenységek Felügyeleti Hatósága Bányászati és Gázipari Főosztály Veszprémi Bányafelügyeleti Osztály SZTFH-BANYASZ/7158-4/2024. számon szakhatósági állásfoglalását feltétel nélkül megadta.

A Kámi Közös Önkormányzati Hivatal Jegyzője megkeresésemre az előírt határidőn belül nem nyilatkozott.

VI.

Az elérhető legjobb technika elveinek történő megfelelés

Az engedélyezés során az alábbi szempontok kerültek vizsgálatra és minősítésre

BAT 1. Környezetvédelmi vezetési rendszer (EMS) bevezetése és betartása: A Kft. jelenleg nem rendelkezik tanúsított ISO 14001 Környezetvédelmi Irányítási Rendszerrel, de a bevezetés lehetőségét folyamatosan vizsgálják.

BAT 2. Az üzem általános környezetvédelmi teljesítményének javítása – Megfelel

BAT 3. A vízbe és levegőbe történő kibocsátások csökkentésének elősegítése érdekében a szennyvíz- és hulladékgázáramok nyilvántartásának létrehozása – Megfelel

BAT 4. A hulladékok tárolásával kapcsolatos környezeti kockázat csökkentése -Megfelel

BAT 5. A hulladék kezelésével és szállításával kapcsolatos környezeti kockázat csökkentése – Megfelel

BAT 6. A szennyvízáramlások leltárában (lásd 3. BAT) meghatározott, vízbe történő releváns kibocsátások esetében az elérhető legjobb technikát a kulcsfontosságú folyamatparaméterek (pl. szennyvízáramlás, pH, hőmérséklet, vezetőképesség, BOD) nyomon követése jelenti a kulcsfontosságú helyeken (pl. az előkezelés be- és/vagy kimeneténél, a végső kezelés bejáratánál, azon a ponton, ahol a kibocsátás elhagyja a létesítményt). - Nem vonatkozik, nincs ilyen

BAT 7. Az elérhető legjobb technikának a vízbe történő kibocsátások legalább az alábbiakban megadott gyakorisággal és az EN szabványoknak megfelelően történő nyomon követése minősül. Ha az EN-szabványok nem állnak rendelkezésre, a BAT-nak olyan ISO-, nemzeti vagy egyéb nemzetközi szabványokat kell alkalmaznia, amelyek biztosítják az egyenértékű tudományos minőségű adatok szolgáltatását. - Nem vonatkozik, nincs ilyen

BAT 8. Az elérhető legjobb technikának a levegőbe vezetett kibocsátásoknak legalább az alábbiakban megadott gyakorisággal és az EN szabványoknak megfelelően történő nyomon követése minősül. Ha az EN-szabványok nem állnak rendelkezésre, a BAT-nak olyan ISO-, nemzeti vagy egyéb nemzetközi szabványokat kell alkalmaznia, amelyek biztosítják az egyenértékű tudományos minőségű adatok szolgáltatását. - Nem vonatkozik, nincs ilyen

BAT 9. A szerves vegyületek diffúz kibocsátásának a levegőbe történő nyomon követése a kiégett oldószerek regenerálásából, a POP-okat tartalmazó berendezések oldószerekkel történő fertőtlenítéséből és az oldószerek fűtőértékük visszanyerése érdekében végzett fizikai-kémiai kezeléséből, évente legalább egyszer, az alábbiakban megadott technikák egyikének vagy kombinációjának alkalmazásával. - Nem vonatkozik, nincs ilyen

BAT 10. A szagkibocsátás időszakos ellenőrzése. - Nem vonatkozik, nincs bűzkibocsátó hulladék átvétel

BAT 11. A víz-, energia- és nyersanyagfogyasztás, valamint a maradékanyagok és a szennyvíz éves keletkezésének legalább évi egyszeri nyomon követése. – Megfelel

BAT 12. A szagkibocsátás megelőzése, illetve – amennyiben ez nem megvalósítható – csökkentése érdekében a szagok kezelésére vonatkozó terv létrehozása, végrehajtása és rendszeres felülvizsgálata a környezetközpontú irányítási rendszer részeként, amely tartalmazza az alábbi elemek mindegyikét. - Nem keletkezik szag vagy bűz, ezért nincs rá szükség

BAT 13. Szagkibocsátás megelőzése vagy – amennyiben ez nem kivitelezhető – csökkentése - Nem keletkezik szag vagy bűz, ezért nincs rá szükség

BAT 14. A diffúz kibocsátások, különösen a por, a szerves vegyületek és a szagok levegőbe történő kibocsátásának megelőzése, illetve – amennyiben ez nem kivitelezhető – csökkentése – Megfelel

BAT 15. Az, hogy a fáklyázást csak biztonsági okokból vagy nem rutinszerű üzemi körülmények között (pl. indítás, leállítás) alkalmazzák - Nem vonatkozik

BAT 16. A fáklyákból származó levegőbe történő kibocsátások csökkentése érdekében, ha a fáklyázás elkerülhetetlen - Nem vonatkozik

BAT 17. A zaj- és rezgésekibocsátás megelőzése, illetve – amennyiben ez nem megvalósítható – csökkentése – Megfelel

BAT 18. Zaj- és rezgésekibocsátás megelőzése, vagy – amennyiben ez nem kivitelezhető – csökkentése – Megfelel

BAT 19. A vízfogyasztás optimalizálása, a keletkező szennyvíz mennyiségének csökkentése, valamint a talajba és a vízbe történő kibocsátások megelőzése, vagy ahol ez nem kivitelezhető, a talajba és a vízbe történő kibocsátások csökkentése – Megfelel

BAT 20. Vízbe történő kibocsátások csökkentése érdekében az elérhető legjobb technikának a szennyvízkezelés számít - Vízbe történő kibocsátáscsökkentésre nincs szükség

BAT 21. A balesetek és váratlan események környezeti következményeinek megelőzése vagy korlátozása – Megfelel

BAT 22. Az anyagok hatékony felhasználása érdekében a BAT az anyagok hulladékkal való helyettesítését jelenti. - Nem vonatkoztatható a technológiára

BAT 23. Az energia hatékony felhasználása – Megfelel

BAT 24. Az ártalmatlanításra kerülő hulladék mennyiségének csökkentése érdekében az elérhető legjobb technikát a csomagolás újra felhasználásának maximalizálása jelenti a maradékanyag-gazdálkodási terv részeként – Megfelel

BAT 31. A szerves vegyületek levegőbe történő kibocsátásának csökkentése - Nem vonatkoztatható a technológiára.

VII.

Az engedély a KORMÁNYRENDELET 20/A. § (2) bekezdésére figyelemmel

2029. június 30-ig érvényes.

A KORMÁNYRENDELET 20/A. § (6) bekezdésében foglalt követelményekre tekintettel, ha a környezethasználó az engedély lejáratát követően is folytatni kívánja tevékenységét, úgy az engedély lejáratát megelőzően teljes körű környezetvédelmi felülvizsgálati dokumentációt kell hatóságomhoz benyújtani akként, hogy – a folyamatos jogszerű működés érdekében – **2029. június 30-ig** ismételten jogerős **engedéllyel rendelkezzen** az üzemeltető.

VIII.

Az egységes környezethasználati engedélyezési eljárás igazgatási szolgáltatási díja 1.500.000 Ft. átutalással 2024. március 21-én megfizetésre került.

IX.

Határozatom ellen a kézbesítéstől számított – hirdetmény útján értesítettek esetében a hirdetmény levételét követő naptól – tizenöt napon belül az a környezetvédelmi hatósági ügyekért felelős helyettes államtitkárhoz címzett (Energiaügyi Minisztérium 1117 Budapest, Október huszonharmadika u. 18. Simon Attila István környezetvédelmi hatósági ügyekért felelős helyettes államtitkár), de Főosztályomnál két példányban benyújtható, indokolással ellátott fellebbezésnek van helye.

Ha a hatóság a döntést nem nyilvánította azonnal végrehajthatónak, a fellebbezésnek a döntés végrehajtására halasztó hatálya van.

Fellebbezni csak a megtámadott döntésre vonatkozóan, tartalmilag azzal közvetlenül összefüggő okból, illetve csak a döntésből közvetlenül adódó jog- vagy érdeksérelemre hivatkozva lehet. A fellebbezést indokolni kell. A fellebbezésben csak olyan új tényre lehet hivatkozni, amelyről az elsőfokú eljárásban az ügyfélnek nem volt tudomása, vagy arra önhibáján kívül eső ok miatt nem hivatkozott.

A fellebbezésre jogosult a fellebbezési határidőn belül a fellebbezési jogáról lemondhat. A fellebbezési jogról történő lemondás nem vonható vissza, arra egyebekben a kérelemre vonatkozó szabályok az irányadók.

Az elsőfokú közigazgatási határozat elleni fellebbezés illetéke – ha e törvény másként nem rendelkezik, és a fellebbezés tárgyának értéke pénzben megállapítható – a fellebbezéssel érintett vagy vitatott összeg minden megkezdett 10 000 forintja után 400 forint, de legalább 5000 forint, legfeljebb 500 000 forint. Ha a fellebbezés tárgyának értéke pénzben nem állapítható meg, a fellebbezés illetéke 5000 forint.

A fellebbezési illetéket banki átutalással a Magyar Államkincstárnál vezetett 10032000-01012107-00000000 számú számlájára vagy – a technikai feltételek megléte esetén – az elektronikus fizetési és elszámolási rendszeren keresztül történő fizetéssel kell megfizetni. Banki átutalással történő illetékfizetés esetén az átutalás közleményrovatában az ügyfél nevét, lakcímét vagy székhelyét, illetve az ügyszámot kell feltüntetni. A díj befizetését igazoló bizonylatot a jogorvoslati kérelemhez csatolni kell.

A határozat fellebbezés hiányában a fellebbezési határidő leteltét követő napon külön értesítés nélkül jogerőre emelkedik.

Indokolás

A ZERO WASTE GROUP Kft. (9865 Szemenye, 0146/5. hrsz., továbbiakban: Engedélyes) a 9685 Szemenye, 0146/5. helyrajzi szám alatti telephelyén végzett tevékenység vonatkozásában az Engedélyes megbízásából eljáró dr. Reichert Péter ügyvéd (8000 Székesfehérvár, Koronázó tér 1.) által 2023. november 17. napján benyújtott kérelem alapján egységes környezethasználati engedélyezési eljárás tárgyában Főosztályunkon eljárás indult.

Az Engedélyes megbízásából eljáró dr. Reichert Péter ügyvéd 2023. november 21. napján érkezett beadványában kérte az eljárás szüneteltetését a dokumentáció kidolgozásának időigényére hivatkozással, erre tekintettel VA/KTHF/277-6/2023. számú végzésemmel megállapítottam, hogy az eljárás 2023. november 21. napjától szünetel.

Az Engedélyes meghatalmazottja 2024. május 2-án érkezett benyújtotta az IMAGINÁCIÓ Mérnökiroda Kft. (Nagy Ferenc okleveles környezetmérnök környezetvédelmi szakértő) által készített SZKV/07-0999. számú tervdokumentációt és mellékletet és beadványában kérte az eljárás folytatását.

A kérelemben és dokumentációban foglaltak a KORMÁNYRENDELET és a környezet védelmének általános szabályairól szóló 1995. évi LIII. törvény - továbbiakban Kvt. - alapján, az általános közigazgatási rendtartásról szóló 2016. évi CL. törvényben - továbbiakban Ákr. - meghatározott eljárási rendben kerültek elbírálásra.

A környezetvédelmi és természetvédelmi hatósági és igazgatási feladatokat ellátó szervek kijelöléséről szóló 71/2015 (III.31.) Kormányrendelet alapján a szakkérdés kiadására jogosult szervezeteket, illetve a hatáskörrel rendelkező szakhatóságokat.

A tervezett beruházással érintett Vasaljai Közös Önkormányzati Hivatal Jegyzőjénél a dokumentáció 1 példányának csatolásával a KORMÁNYRENDELET-ben foglaltak szerinti közleményt tett közzé hatóságom. A közlemény a Kámi Közös Önkormányzati Hivatal hirdetőtábláján kifüggesztésre került. A rendelkezésre álló határidőn belül észrevétel nem érkezett.

Az Engedélyes megbízásából eljáró dr. Reichert Péter ügyvéd 2025. november 25. napján érkezett beadványában kérte az egységes környezethasználati engedély IV. fejezet 6.-9. pontjaiban foglalt kötelezettségek teljesítési határidejének 2025. január 31-ig történő meghosszabbítását, majd 2024. december 9-én érkezett beadványában kérte annak 2025. május 31. napjában történő megállapítását, melyet a releváns zajkibocsátással járó gépsor beszerzésének és telepítésének időigényével indokolt.

A telephelyen 2024. december 2-án tartott ellenőrzés során megállapításra került, hogy a tervezett berendezések egy része még nincs a telephelyen, jelenleg helyettesítő berendezésekkel végzik a tevékenységet.

A fentiekre tekintettel az egységes környezethasználati engedély fentiekben megjelölt módosításáról és egységes szerkezetbe foglalásáról határoztam, tekintettel arra, hogy jelenlegi állapotban történő zajmérés nem lenne releváns, mivel a néhány hónapon belül telepítendő végleges berendezés zajkibocsátása vélhetően nem azonos a most működő berendezésével.

Levegőtisztaság-védelem

A tevékenység munkafolyamatai során a keletkező porhatás és a munkagépek, szállítójárművek kipufogógázainak levegőt terhelő hatása lép fel. A munkavégzés során a munkagépek légszennyező anyagainak kibocsátása nem okoz észlelhető változást. A benyújtott dokumentáció alapján a telephelyen folytatott tevékenység levegőt terhelő hatása nem jelentős, a levegő minőségében érzékelhető változást nem okoz.

A telephelyre történő hulladék-alapanyag beszállítása zártan, bálázva történik. Az alapanyagok kezelés előtti tárolása zárt bálákban történik kültéren, szakadás esetén pedig hálóval takarják le a szél általi elhordás megakadályozására. Az aprítás során a feldolgozásra kerülő hulladék tárolóhelyek, valamint kültéri kezelőtér 4,8 m magas betonfalakkal van U alakban körbe véve, a telephely É-i, NY-i és D-i részén kb. 4 m magas földtöltés található. A legközelebbi védendő lakóépület É-i irányban található 8-as számú főút túloldalán, a Szemenye, Szabadság utca 6. sz., 73. hrsz alatt, a telephely sarkától 152 m-re.

A telephelyen folytatott tevékenységgel kapcsolatban bejelentés köteles pontforrás nem került kialakításra.

A telephely forgalma a 0143/2 hrsz.-ú úton zajlik a telephely bejárata és a 8-as számú út között, valamint a 8-as főúton a Szabadság utcai és a 0143/2 hrsz.-ú út becsatlakozásától. A szállítási tevékenység levegőt terhelő hatása nem jelentős, a levegő minőségében érzékelhető változást nem okoz.

A tevékenységből adódóan levegő szennyezés a rendelkező részben tett kikötések betartása mellett nem feltételezhető.

A tevékenység során levegőbe jutó légszennyező anyagok mennyisége a levegőterheltségi szint határértékeiről és a helyhez kötött légszennyező pontforrások kibocsátási határértékeiről szóló 4/2011. (I.14.) VM rendeletben meghatározott határérték feletti levegőterhelést nem okoz.

A diffúz kiporzás csökkentésére vonatkozó kikötéseimet, a levegő védelméről szóló 306/2010. (XII. 23.) Kormányrendelet 4. § és 26. § (1) bekezdés figyelembevételével tettem.

Zajvédelem

A benyújtott dokumentáció zajvédelmi munkarésze (Készítette: IMAGINÁCIÓ Mérnökiroda Kft. (Nagy Ferenc okleveles környezetmérnök környezetvédelmi szakértő) által készített SZKV/07-0999. számú tervdokumentáció) alapján megállapítható, hogy a tevékenység végzése során kibocsátott zaj a legközelebbi védendő ingatlanoknál nem lépi túl a jogszabályban meghatározott zajterhelési határértékeket.

A benyújtott dokumentációban a környezeti zaj és rezgés elleni védelem egyes szabályairól szóló 284/2007. (X. 29.) Korm. rendeletben - továbbiakban: Kormányrendelet - foglaltaknak megfelelően vizsgálták a várható zajkibocsátást és a zajvédelmi hatásterületet.

A vizsgált területekre vonatkozóan kijelenthető, hogy a normál üzemi tevékenység során betarthatók a 27/2008. (XII.3.) KvVM-EüM rendelet (továbbiakban: Rendelet) 1. számú mellékletében foglalt határértékek a megítélési pontokon.

A telephely zajvédelmi hatásterületén belül védendő terület, védett objektum, belterületi épület nem található, így egyedi zajkibocsátási határérték megállapítását nem kell kérni a környezetvédelmi hatóságtól.

A rendelkező részben foglalt kikötéseket azért tettem, mert a dokumentáció több helyen tapasztalati és becsült értékeket tartalmaz, ami a végeredmények kialakításában is jelentkezik.

A számítások során a szakértő korábbi zajmérési tapasztalataira hivatkozik, ami nem tekinthető az adott területre egyértelmű forrásadatnak.

A dokumentáció 3.1.4.1 bekezdése alapján „A három kültéri aprító gép fémek aprítására is alkalmas. Gyártói adatlapjaik szerinti hangteljesítményük pontosan figyelembe véve 112-118 dB között változik, azonban a megadott értékek jellemzően fémaprításra vonatkoznak. Műanyagok aprítása során ez az érték jelentősen alacsonyabb.”

Fenti szakértői megállapítás nincs számszerűsítve, illetve bizonyítva ezért az szintén csak becsült adatként vehető figyelembe.

A telephelyen alkalmazott eszközök (zajforrások) együttes, méréssel meghatározott üzemzerű zajkibocsátása alapján lehet ténylegesen meghatározni az aktuális zajvédelmi hatásterületet és a határértékek teljesülését.

Kikötésem alapja a környezeti zaj és rezgés elleni védelem egyes szabályairól szóló 284/2007. (X. 29.) Kormányrendelet (továbbiakban: Kormányrendelet) 10. § (1) pontja, mely szerint környezeti zajt előidéző üzemi vagy szabadidős zajforrásra vonatkozóan a tevékenység megkezdése előtt a környezeti zaj- és rezgésforrás üzemeltetője köteles a környezetvédelmi hatóságtól környezeti zajkibocsátási határérték megállapítását kérni, ha az üzem zajvédelmi hatásterülete fedésben áll védendő épületekkel és területekkel és a 11. §-a.

A kapcsolódó szállítási, fuvarozási tevékenység nem okoz legalább 3 dB mértékű járulékos zajterhelés-változást, ezért a Kormányrendelet 7. § (1) alapján nem kell a szállítási tevékenységre vonatkozó hatásterületet meghatározni.

Szemenye Község Önkormányzata Sz/152-3/2024. számú beadványában indítványozta, hogy éjszakai munkavégzés a lakosság érdekeit figyelembe véve ne kerüljön engedélyezésre. Tekintettel arra, hogy a beadott dokumentáció szerint az üzem zajvédelmi hatásterülete védendő ingatlant nem érint, nincs jogszabályi lehetőség zajvédelmi indokok alapján az éjszakai munkavégzés megtiltására. A jogszabályi előírások betartását – különös tekintettel a jelzett körülményekre is – a környezetvédelmi hatóság ellenőrzi, szükség esetén megfelelő intézkedéseket kezdeményez.

Hulladékgazdálkodás

A benyújtott dokumentáció tartalmában megfelel a Rendelet-, a hulladékról szóló 2012. évi CLXXXV. törvény (továbbiakban: Ht.), valamint a hulladékgazdálkodási tevékenységek nyilvántartásba vételéről, valamint hatósági engedélyezéséről szóló 439/2012. (XII. 29.) Korm. rendelet előírásainak.

Az engedély kiadásánál a VA/KTHF-HO/02064-10/2024. számú hulladékgazdálkodási engedélyben és a hulladékgazdálkodási engedélyezés során benyújtott dokumentációban foglaltakat figyelembe vettem.

A döntésem meghozatalakor az eljárás megindításának időpontjában hatályos jogszabályi rendelkezések szerint jártam el.

A benyújtott engedélykérelem tartalmazza a Kft., valamint a telephely adatait, a végezni kívánt tevékenységek műszaki, hulladékgazdálkodási szempontból lényeges leírását, a gyűjteni, előkezelni és hasznosítani kívánt hulladékok körét, éves mennyiségét, valamint a telephelyen egyidejűleg tárolható hulladékok mennyiségét.

A beadvány mellékletben tartalmazza a környezetvédelmi felelősségbiztosítás kötvénymásolatát, a pénzügyi biztosíték igazolását és a környezetbiztonságra vonatkozó tervet, a tevékenység műszaki, személyi, közegészségügyi feltételeit igazoló dokumentumokat. Csatolásra kerültek az engedélykérelem kiadásához szükséges nyilatkozatok, engedélyek.

A benyújtott dokumentáció, valamint az iratelőzmények alapján megállapítottam, hogy a Kft. rendelkezik a hulladékkezelési műveletek végzéséhez szükséges gépekkel, eszközökkel, berendezésekkel, és a tevékenység végzéséhez szükséges személyi feltételek és pénzügyi garanciák is rendelkezésre állnak.

A hulladékgazdálkodással kapcsolatos kikötéseimet az alábbi jogszabályok alapján tettem:

- a hulladékról szóló 2012. évi CLXXXV. törvény,
- a hulladékgazdálkodási tevékenységek nyilvántartásba vételéről, valamint hatósági engedélyezésről szóló 439/2012. (XII. 29.) Kormányrendelet,
- az egyes hulladékgazdálkodási létesítmények kialakításának és üzemeltetésnek szabályairól szóló 246/2014. (IX. 29.) Korm. rendelet.

A fentieket figyelembe véve a rendelkező részbe foglalt kikötésekkel a kérelemnek helyt adva, az engedély kiadásáról határoztam.

Földtani közeg védelme

A Zero Waste Group Kft. (8492 Kerta, Táncsics Mihály utca 1.) a 9685 Szemenye, 0146/5 és 0146/6 hrsz. alatti telephelyére vonatkozó egységes környezethasználati engedély kiadása iránti kérelmet nyújtott be Hatóságunk részére.

A telephelyen a nem veszélyes hulladékgazdálkodási tevékenység végzéséhez szükséges építmények, infrastruktúrák rendelkezésre állnak.

A telephelyen a technológiai és a tároló csarnoképületek aljzata betonozott, a telephelyi közlekedési utak, tároló terek, kültéri kezelő tér szintén betonozottak.

Havária esemény a rakodógépek és a szállítójárművek meghibásodásából eredő üzemanyag-, valamint hidraulika olaj elfolyás esetén fordulhat elő a földtani közeg felszínén kismértékű lokális jellegű szennyeződés, melyet felitató anyaggal fel kell itatni és veszélyes hulladékként kell kezelni, megakadályozva a szennyeződés földtani közegbe történő beszivárgását.

A földtani közeg szempontjából a nem veszélyes hulladékgazdálkodási tevékenység nem gyakorol jelentős hatást.

A kikötéseket a környezet védelmének általános szabályairól szóló 1995. évi LIII. törvény 6. § (1) és (2) bekezdéseiben, valamint a 15. § (1) bekezdésében foglaltak alapján tettem.

Táj- és természetvédelem

A Zero Waste Group Kft. (9865 Szemenye 0146/5 hrsz.) Szemenye, 0146/5 és 0146/6 hrsz. alatti telephelyén nem veszélyes hulladék mechanikus kezelését, ártalmatlanítását végzi.

A tervezett beruházáshoz a legközelebbi természetvédelmi szempontból jelentős terület a DNY-ra kb. 2,8 km-re található Jeli Arborétum természetvédelmi terület, amely 109/2007. (XII.27.) KvVM rendelet szerint országos jelentőségű védett természeti terület. A legközelebbi oltalom alatt álló terület a tervezési területtől több mint 4 km-re lévő, az európai közösségi jelentőségű természetvédelmi területekről szóló 275/2004. (X. 8.) Korm. rendelet (továbbiakban: Rendelet) szerinti Natura 2000 területek, a HUON 20008 jelű Rába és Csörnőc-völgy megnevezésű Jávahagyott Kiemelt Jelentőségű Természet-megőrzési Terület részei. A védett és a Natura 2000 területek állapotára a tervezett tevékenység várhatóan hatást nem gyakorol.

A területen a korábbi állattartó, mezőgazdasági tevékenység miatt a természetes vegetáció már nyomokban sem lelhető fel. A tervezett új tevékenység megvalósulása során a bolygatott helyekre jellemző ruderalis vegetáció fennmaradása várható. Az ingatlant mezőgazdasági hasznosítású területek övezik.

Fentiek alapján megállapítható, hogy a tervezett tevékenység negatív hatást nem gyakorol környezetére, ezért **az egységes környezethasználati engedély táj- és természetvédelmi szempontból kiadható.**

A környezetvédelmi hatósági és igazgatási feladatokat ellátó szervek kijelöléséről szóló 624/2022. (XII. 30.) Korm. rendelet (továbbiakban: Korm. rendelet) 11. §. (1) bekezdése és a 3. számú melléklet 3.

pontja alapján a Vas Vármegyei Kormányhivatal a **népegészségügyi szakkérdés** vizsgálatát elvégezte és az alábbiakat állapította meg:

A benyújtott dokumentáció vizsgálata a környezet- és település-egészségügyre, az egészségkárosító kockázatok és esetleges hatások felmérésére, a felszín alatti vizek minőségét, egészségkárosítás nélküli fogyaszthatóságát, felhasználhatóságát befolyásoló körülmények, tényezők vizsgálatára, lakott területtől (lakóépülettől) számított védőtávolságok véleményezésére, a talajjal, a szennyvizekkel, veszélyes hulladékokkal kapcsolatos közegészségügyi követelmények érvényesítésére, az emberi használatra szolgáló felszíni vizek védelmére kiterjedően történt.

Az írásos anyag értelmében a telephely Szemenye külterületén, a 0146/5 és 0146/6 hrsz-ú ingatlanon helyezkedik el. A telephelyen korábban állattartó, valamint mezőgazdasági tevékenységet végeztek, a 2023. évtől történik nem veszélyes hulladékhasznosítási tevékenység.

A kérelemben foglaltak szerint a legközelebbi védendő lakóépület északi irányban található a 8-as számú főút túloldalán; a Szemenye, Szabadság utca 6. (hrsz.: 73) alatt, távolsága a legjelentősebb üzemi zajforrástól – a kültéri aprítógéptől – körülbelül 339 méter.

Az írásos anyag kitér a zaj- és rezgésviszonyok hatásaira, a levegőminőségre, a táj- és természetvédelemre, a talaj minőségére, a felszíni és felszín alatti vizekre, valamint a hulladékgazdálkodásra is, melyek alapján a telephelyen folytatott nem veszélyes hulladékhasznosítási tevékenység a környezeti elemekre vonatkozóan számottevő kockázatot jelentő állapotváltozással nem jár, az emberek életkörülményeiben tartós, nem kívánatos változás várhatóan nem következik be.

A Hivatal hatáskörébe utalt szakkérdések tekintetében fentiek alapján megállapításra került, hogy a ZERO WASTE GROUP Kft. (9865 Szemenye, 0146/5. hrsz. alatti) telephelyén végzett hulladékhasznosítási tevékenység végzésének közegészségügyi szempontból nincs akadálya.

A Korm. rendelet 11. §. (1) bekezdése és a 3. számú melléklet 8. pontja alapján a Vas Vármegyei Kormányhivatal a **termőföld mennyiségi védelmének követelményeire vonatkozó szakkérdés** vizsgálatát elvégezte és az alábbiakat állapította meg:

A mellékelt dokumentáció és a hiteles ingatlan-nyilvántartás alapján megállapítottam, hogy a vizsgált terület külterületi fekvésű, kivett művelési ágú ingatlan.

Fentiek alapján – a termőföld védelméről szóló 2007. évi CXXIX. törvény 2. § 19. pontját is figyelembe véve – nincs szükség a földvédelmi szakkérdés vizsgálatára.

A Korm. rendelet 11. §. (1) bekezdése és a 3. számú melléklet 4. pontja alapján a Vas Vármegyei Kormányhivatal a **kulturális örökség védelmére vonatkozó szakkérdés** vizsgálatát elvégezte és az alábbiakat állapította meg:

A szakkérdés során azt vizsgáltam, hogy a tevékenység a kulturális örökség védelme jogszabályban rögzített követelményeinek a kérelemben foglaltak szerint vagy további feltételek mellett megfelel-e.

A hatóságom rendelkezésére álló adatok alapján megállapítottam, hogy a beruházás területe a közhiteles régészeti nyilvántartásban nem szerepel.

A Korm. rendelet 11. §. (1) bekezdése és a 3. számú melléklet 6. pontja alapján a Vas Vármegyei Kormányhivatal a **termőföldre gyakorolt hatásokra vonatkozó szakkérdés** vizsgálatát elvégezte és az alábbiakat állapította meg:

Nagy Ferenc okleveles környezetmérnök, környezetvédelmi szakértő által 2024. áprilisában készített tervdokumentáció alapján, a termőföld minőségvédelmét érintő talajvédelmi szakkérdésében az alábbiak állapíthatók meg:

A nem veszélyes hulladékok hasznosításának tevékenysége – Nagy Ferenc okleveles környezetmérnök, környezetvédelmi szakértő által 2024. áprilisában készített tervdokumentációban

foglaltak maradéktalan betartása mellett – a környező termőföldek talajának minőségét, azokon folytatott talajvédő gazdálkodás feltételeit nem veszélyezteti.

A Korm. rendelet 11. §. (1) bekezdése és a 3. számú melléklet 7. pontja alapján a Vas Vármegyei Kormányhivatal **az erdőre gyakorolt hatásokra vonatkozó szakkérdés** vizsgálatát elvégezte és az alábbiakat állapította meg:

A Szemenye, 0146/5. hrsz.-ú ingatlan teljes területe nem erdő, azonban hatásterülettel érinti a szomszédos Szemenye 24 A és 24 C erdőrészeket, ezért a rendelkező rész szerinti kikötéssel engedélyezhető a tevékenység.

A kikötés alapja az erdőről, az erdő védelméről és az erdőgazdálkodásról szóló 2009. évi XXXVII. törvény 62. § (3) bekezdése.

Az egységes környezethasználati engedély módosítása vonatkozásában benyújtott kérelmet megvizsgálva megállapítottam, hogy az engedélyezés során tett előírások módosítása zajvédelmi-, levegőtisztaságvédelmi-, természetvédelmi, földtani közeg védelmi és népegészségügyi szakkérdések tekintetében nem szükséges.

Az egységes környezethasználati engedély módosítására irányuló eljárás során megkeresett szakhatóságok állásfoglalásának indokolása:

A Vas Vármegyei Katasztrófavédelmi Igazgatóság 36800/2553-3/2024.ált. számú szakhatósági állásfoglalásának az indokolása:

„A Környezetvédelmi Hatóság VA/KTHF/230-6/2024. számú megkeresésével a Zero Waste Group Kft. (Székhely: 9685 Szemenye, 0146/5 hrsz., a továbbiakban: Kft.) kérelmére, a Szemenye, 0146/5 és 0146/6 hrsz. alatti telephelyére vonatkozó egységes környezethasználati engedélyezési eljárásban a Vízügyi Hatóságot szakhatósági állásfoglalás megadása iránt kereste meg.

Az egyes közérdeken alapuló kényszerítő indok alapján eljáró szakhatóságok kijelöléséről szóló 531/2017. (XII. 29.) Korm. rendelet [a továbbiakban: 531/2017. (XII. 29.) Korm. rendelet] 1. § (1) bekezdése, illetve az 1. melléklet 9. fejezet 2. és 3. sorai alapján az egységes környezethasználati engedélyezési eljárásban a vízügyi és vízvédelmi szakhatósági hatáskörben vizsgálandó szakkérdés annak elbírálása, hogy a tevékenység vízellátása, a keletkező csapadék- és szennyvíz elvezetése, valamint a szennyvíz tisztítása biztosított-e, vízbázis védőterületére, védőidomára, a felszíni és felszín alatti vizek minősége és mennyisége védelmére és állapotromlására jogszabályban, illetve határozatban meghatározott előírások érvényesíthetők-e, továbbá annak elbírálása, hogy a tevékenység az árvíz és a jég levonulására, a mederfenntartásra milyen hatást gyakorol.

A Környezetvédelmi Hatóság által megküldött – IMAGINÁCIÓ Mérnökiroda Kft. (Nagy Ferenc környezetvédelmi szakértő) által 2024. április hónapban készített – egységes környezethasználati dokumentáció, 2024. május 16-án utólag megküldött alapállapot-jelentés (környezetvédelmi állapotfelmérés), valamint a rendelkezésemre álló iratelőzmények áttanulmányozása során az alábbiakat állapítottam meg.

A Kft. Szemenye, 0146/5 hrsz. alatti bérelt telephelyén első lépésben nem veszélyes hulladékok gyűjtését, hasznosításra történő előkészítését (előkezelését), a majd hasznosítását szeretné végezni.

A tervezett tevékenység végzéséhez a környezeti hatásvizsgálati és az egységes környezethasználati engedélyezési eljárásról szóló 314/2005. (XII. 25.) Korm. rendelet [a továbbiakban: 314/2005. (XII. 25.) Korm. rendelet] 3. számú mellékletének 107. a) pontja alapján - a nem veszélyeshulladék-hasznosító telep 10 t/d kapacitástól – előzetes vizsgálati eljárás került lefolytatásra. Az eljárás során megállapításra került, hogy a folytatni kívánt tevékenység során nem feltételezhető jelentős környezeti hatás.

Ezt követően az ingatlanon új hulladékhasznosító és tároló épületet és kapcsolódó létesítményeket

alakított ki, amelyre építési engedélyt kapott és melyeknek jó része kivitelezés alatt van, illetve a technológia telepítése van folyamatban.

A Kft. a Szemenye, 0146/5 hrsz. alatti bérelt telephelyén jelenleg a Környezetvédelmi Hatóság által VA/KTHF-HO/2064-10/2024. számon kiadott hulladékgazdálkodási engedély alapján nem veszélyes hulladékok gyűjtési és előkezelési tevékenységet végzi. A Kft. engedélye szerint az MSZ EN ISO 21640:2021-es szabvány előírásainak megfelelő terméket SRF minőségű tüzelőanyagként értékesíthet.

A hulladékgazdálkodási engedély alapján telephelyen gyűjthető, előkezelhető nem veszélyes hulladékok mennyisége: 175 000 tonna/év, valamint ebből 5000 tonna/év hasznosítható.

A 314/2005. (XII. 25.) Korm. rendelet 2. számú mellékletének 5.3 bb) pontja alapján a nem veszélyes hulladékok hasznosítása, vagy ezekre irányuló hasznosítási és ártalmatlanítási tevékenységek összessége 75 tonna/nap kapacitáson felül, valamint az átvett hulladékok előkezelése az éghető anyagok előállítására égetés vagy együttégetés céljából történik 75 tonna/nap kapacitás felett, valamint a bemutatásra kerülő technológia alapján a hasznosítás meghaladhatja a küszöbértéket környezethasználati engedélyhez kötött tevékenység.

Az átvett hulladékok gyűjtése bálázva, big-bag zsákokban, vagy ömlesztett formában, a helyszínrajzon jelölt összesen mintegy 8.000 m²-en betonozott tároló helyeken történik. A késztermékek átmeneti tárolására 1620 m² áll rendelkezésére.

A telephelyen alapvetően 4 db nagyobb betonozott tároló területeken gyűjtik és tárolják a beszállított alapanyagokat a hulladékkezelés előtt. Ezenkívül az előaprítás kezelőterétől Ny-ra is van egy tároló terület (puffer), ahol az előaprítás utáni, részben feldolgozott hulladék kerül átmeneti tárolásra.

A végezni kívánt tevékenységhez kapcsolódó technológiát az épített részben a telephely szabadtéri részén, részben a technológiai épületben, illetve az új késztermék tároló épületben végzi.

A dolgozók szociális helyiségei a telephelyen meglévő irodaépületben vannak.

A telephelyen alapvetően kétféle üzemállapotban dolgoznak.

Az alkalmazott kezelési műveletek:

- Gyűjtés
- Átalakítás: aprítás, válogatás (alaki és anyagminőség szerint), keverés
- Hasznosítás
- Olyan anyaggá történő feldolgozás, amelyet tüzelőanyagként vagy üzemanyagként használnak fel

Az előkezelésbe vont hulladékok megfelelő arányú keverésével, megfelelő szemcseméretűre történő aprításával a cél az SRF minőségű, valamint azt el nem érő, de külön-külön nem hasznosítható hulladékokból olyan RDF előállítás, melyek részben a hasznosítás során előállított termékként, nagyobb részben pedig az előkezelés eredményeként keletkező hulladékként, mint tüzelőanyag kerüljenek értékesítésre.

Amennyiben a technológiai folyamat végén RDF minőségű éghető hulladék keletkezik, termikus hasznosítási céllal kerül engedéllyel rendelkező kezelőhöz.

A késztermék (SRF vagy RDF minőségű hulladék) tárolása a tároló csarnokban, esetleg arra kijelölt silókban történik ömlesztve, de elkülönítve. A tárolás után termikus hasznosítási céllal átadásra kerül engedéllyel rendelkező kezelőhöz (jellemzően cementgyárakba).

A telephely középső részén kialakításra került egy üzemanyagtöltő állomás a saját gépjárművek üzemanyaggal való ellátása céljából. Ehhez egy föld feletti, kármentővel ellátott, 10 m³-es térfogatú üzemanyag-tároló tartály tartozik.

A töltőállomástól DK-re található a tűzivíztározó.

A telephelyen talajvízfigyelő kutak nincsenek. Az utólag megküldött alapállapot-jelentés

(környezetvédelmi állapotfelmérés) áttanulmányozása során megállapítottam, hogy a tevékenység megfelelő műszaki védelem mellett történik, a telephelyen szennyeződés nem valószínűsíthető. Az alapállapot meghatározására irányuló vizsgálat eredményeiről készült jelentés elfogadható.

A telep területe nem érinti sérülékeny ivóvízbázis védőterületét, védőövezetét, vízfolyás parti sávját, nagyvízi medrét.

A tárgyi telephelyen végzett tevékenység a csapadékvizek lefolyására, az árvíz és a jég levonulására, a mederfenntartásra nincs hatással, a felszíni és felszín alatti vizek minősége védelmére jogszabályban meghatározott előírások – az állásfoglalásban meghatározott előírások mellett – érvényesíthetők.

A tevékenységhez igénybe vett terület kialakítása megfelel a felszíni és felszín alatti vizek védelmére vonatkozó követelményeknek.

Előírásaimat a 219/2004. (VII. 21.) Korm. rendelet 8. § c) pontja, 10. § (1), és (2) bekezdések, a felszíni vizek minősége védelmének szabályairól szóló 220/2004. (VII. 21.) Korm. rendelet 5. § (1) bekezdés, a vízgazdálkodásról szóló 1995. évi LVII. törvény 44/B. § alapján tettem.

A megkeresés, a Környezetvédelmi Hatóság megküldött egységes környezethasználati dokumentáció, az utólag megküldött alapállapot-jelentés (környezetvédelmi állapotfelmérés), valamint a rendelkezésemre álló iratelőzmények alapján a rendelkező részben foglaltak szerint döntöttem.

A szakhatósági eljárás során a vízügyi és a vízvédelmi hatósági eljárások igazgatási szolgáltatási díjairól szóló 13/2015. (III.31.) BM rendelet 2. sz. melléklete alapján igazgatási szolgáltatási díjfizetési kötelezettség nem merült fel.

Jelen szakhatósági állásfoglalást az általános közigazgatási rendtartásról szóló 2016. évi CL. törvény [a továbbiakban: Ákr.] 55. § (1) és (2) bekezdése alapján adtam.

A szakhatósági állásfoglalás elleni önálló fellebbezés lehetőségét az Ákr. 55. § (4) bekezdése zárja ki.

A Vízügyi Hatóság hatáskörét, valamint illetékességét a vízügyi igazgatási és a vízvédelmi, valamint a vízvédelmi hatósági feladatokat ellátó szervek kijelöléséről szóló 223/2014. (IX. 4.) Korm. rendelet 10. § (1) bekezdés 6. pontja, valamint a 10. § (2) bekezdése és a 2. számú melléklet 6. pontja, továbbá az 531/2017. (XII. 29.) Korm. rendelet 1. § (1) bekezdése, illetve 1. melléklete 9. fejezet 2. és 3. sora állapítja meg.”

A Vas Vármegyei Katasztrófavédelmi Igazgatóság 36800/2553-6/2024.ált. számú szakhatósági állásfoglalásának az indokolása az egységes környezethasználati engedély módosítása vonatkozásában:

A Környezetvédelmi Hatóság VA/KTHF/230-27/2024. számú – 2024. július 19-én érkezett – megkeresésével a Zero Waste Group Kft. (Székhely: 9685 Szemenye, 0146/5 hrsz., a továbbiakban: Kft.) kérelmére a Szemenye, 0146/5 és 0146/6 hrsz. alatti telephelyére vonatkozó, VA/KTHF/230-21/2024. számon kiadott egységes környezethasználati engedély módosítása tárgyában indult hatósági eljárásban a Vízügyi Hatóságot szakhatósági állásfoglalás megadása iránt kereste meg.

Az egyes közérdeken alapuló kényszerítő indok alapján eljáró szakhatóságok kijelöléséről szóló 531/2017. (XII. 29.) Korm. rendelet [a továbbiakban: 531/2017. (XII. 29.) Korm. rendelet] 1. § (1) bekezdése, illetve az 1. melléklet 9. fejezet 2. és 3. sorai alapján az egységes környezethasználati engedélyezési eljárásban a vízügyi és vízvédelmi szakhatósági hatáskörben vizsgálandó szakkérdés annak elbírálása, hogy a tevékenység vízellátása, a keletkező csapadék- és szennyvíz elvezetése, valamint a szennyvíz tisztítása biztosított-e, vízbázis védőterületére, védőidomára, a felszíni és felszín alatti vizek minősége és mennyisége védelmére és állapotromlására jogszabályban, illetve határozatban meghatározott előírások érvényesíthetők-e, továbbá annak elbírálása, hogy a tevékenység az árvíz és a jég levonulására, a mederfenntartásra milyen hatást gyakorol.

A Környezetvédelmi Hatóság megkeresése és a mellékletként megküldött kérelem, valamint a rendelkezésemre álló iratelőzmények áttanulmányozása során a fent hivatkozott szakkérdések tekintetében az alábbiakat állapítottam meg.

A Kft. Szemenye, 0146/5 hrsz. alatti bérelt telephelyén első lépésben nem veszélyes hulladékok gyűjtését, hasznosításra történő előkészítését (előkezelését) és hasznosítását végzi a Környezetvédelmi Hatóság által VA/KTHF/230-21/2024. számon kiadott egységes környezethasználati engedély alapján. A tevékenység az engedély alapján 2029. június 30-ig végezhető.

A Kft. a részére kiadott egységes környezethasználati engedély IV. 11. pontjában meghatározott, hasznosítható hulladékok mennyiségét a gyűjthető, előkezelhető hulladékok mennyiségéhez igazodóan, vagyis 175 e t/évben kéri meghatározni.

Az egységes környezethasználati engedély módosítási kérelemben foglaltaknak nincs vízügyi és vízvédelmi vonzata nincs.

Fenti szakkérdések vizsgálata az egységes környezethasználati engedélyezési eljárás során megtörtént, az engedély ennek megfelelően került kiadásra.

A telephely vízellátása, szennyvíz- és csapadékvíz-elvezetése megoldott.

A telephely területe nem érinti sérülékeny ivóvízbázis védőterületét, védőövezetét, vízfolyás parti sávját, nagyvízi medrét.

Az üzemszerűen végzett tevékenység a csapadékvizek lefolyására, az árvíz és a jég levonulására, a mederfenntartásra nincs hatással, a felszíni és felszín alatti vizek minősége védelmére jogszabályban meghatározott előírások érvényesíthetők.

A tevékenységhez igénybe vett terület kialakítása megfelel a felszíni és felszín alatti vizek védelmére vonatkozó követelményeknek.

A telephely területe a felszín alatti vizek védelméről szóló 219/2004. (VII. 21.) Korm. rendelet 7. § (4) bekezdése által nevesített térkép és a 2. számú melléklet, valamint a felszín alatti víz állapota szempontjából érzékeny területeken levő települések besorolásáról szóló 27/2004. (XII. 25.) KvVM rendelet melléklete alapján a felszín alatti víz állapota szempontjából érzékeny területnek minősül.

A szakhatósági megkeresés, a Hulladékgazdálkodási Hatóság által megküldött megkeresés, kérelem, valamint a rendelkezésemre álló iratelőzmények alapján a rendelkező részben foglaltak szerint döntöttem.

A szakhatósági eljárás során a vízügyi és a vízvédelmi hatósági eljárások igazgatási szolgáltatási díjairól szóló 13/2015. (III.31.) BM rendelet 2. sz. melléklete alapján igazgatási szolgáltatási díjfizetési kötelezettség nem merült fel.

Jelen szakhatósági állásfoglalást az általános közigazgatási rendtartásról szóló 2016. évi CL. törvény [a továbbiakban: Ákr.] 55. § (1) és (2) bekezdése alapján adtam.

A szakhatósági állásfoglalás elleni *önálló* fellebbezés lehetőségét az Ákr. 55. § (4) bekezdése zárja ki.

A Vízügyi Hatóság hatáskörét, valamint illetékességét a vízügyi igazgatási és a vízügyi, valamint a vízvédelmi hatósági feladatokat ellátó szervek kijelöléséről szóló 223/2014. (IX. 4.) Korm. rendelet 10. § (1) bekezdés 6. pontja, valamint a 10. § (2) bekezdése és a 2. számú melléklet 6. pontja, továbbá az 531/2017. (XII. 29.) Korm. rendelet 1. § (1) bekezdése, illetve 1. melléklete 9. fejezet 2. és 3. sora állapítja meg.

A Szabályozott Tevékenységek Felügyeleti Hatósága Bányászati és Gázipari Főosztály Veszprémi Bányafelügyeleti Osztály SZTFH-BANYASZ/7158-4/2024. számú szakhatósági állásfoglalásának az indokolása:

„A Vas Vármegyei Kormányhivatal a ZERO WASTE GROUP Kft. tárgyi ügyében a Bányafelügyelet szakhatósági állásfoglalását kérte.

Megvizsgálva az eljárásba történő bevonás és közreműködés 531/2017. (XII. 29.) Korm. rendelet (Rendelet) 1.§ 1. sz. melléklet 9. táblázatának 20. pontja szerinti feltételeit, a Bányafelügyelet megállapította, hogy a tárgyi engedélyezési eljárásban a bevonás és közreműködés (hatáskört

megállapító) feltételei teljesülnek. A Bányafelügyelet nyilvántartása alapján megállapította, hogy a kérelemmel érintett területen földtani veszélyforrás nem szerepel, megkutatott, működő szilárd ásványi nyersanyag lelőhely és geotermikus energiavagyon nem található. Előzetes vizsgálati eljárást nem folytattak az üggyel kapcsolatban. A kérelemmel kapcsolatos tevékenység nem bányászati célú tevékenység.

A Kérelmező a Bányafelügyelet részére fizetendő igazgatási szolgáltatási díjakról és egyéb eljárási költségekről, valamint a felügyeleti díj fizetésének részletes szabályairól szóló 9/2022. (I. 28.) SZTFH rendelet 2. sz. melléklet 5. sora szerinti igazgatási szolgáltatási díjat befizette.

Fentiekre tekintettel a Bányafelügyelet tárgyi létesítéshez a hozzájárulását kikötés nélkül megadta.

A szakhatósági állásfoglalással szemben az Ákr. 55. § (4) bekezdése rendezi a jogorvoslatot.

A Bányafelügyelet állásfoglalását az 531/2017. (XII.29.) Korm. rendelet 1.§ 1. sz. melléklet 9. táblázatának 20. pontja, valamint az Ákr. 55. §-ában foglaltak alapján hozta. A Bányafelügyelet illetékessége a Bt. 43. § (1) bekezdésén alapul."

Fenti megállapításokra tekintettel az egységes környezethasználati engedély kiadásáról határoztam a rendelkező részben foglalt feltételek mellett.

Megállapítottam, hogy a technológia megfelel az elérhető legjobb technika követelményeinek, az üzemelési feltételeket az elérhető legjobb technika alkalmazására is figyelemmel írtam elő.

Az eljárás során tett megállapítások és az eljárásban közreműködő szakhatóság és társosztályok állásfoglalásainak figyelembevételével a határozatom rendelkező részében foglaltak szerint döntöttem.

Fent hivatkozott jogszabályhelyeken kívül határozatomat a környezet védelmének általános szabályairól szóló 1995. évi LIII. törvény 66.§-a, 70-71. §-a és a Kormányrendelet 17-22. § alapján hoztam meg.

A népegészségügyi szakkérdés vizsgálata során a részletes szabályokat a fővárosi és vármegyei kormányhivatalok szervezeti és működési szabályzatáról szóló 15/2022. (XII. 21.) MVM utasítás 24-27. §-ai és a Vas Vármegyei Kormányhivatal hatályos ügyrendje tartalmazza. A Hivatal hatáskörét a fővárosi és megyei kormányhivatal, valamint a járási (fővárosi kerületi) hivatal népegészségügyi feladatai ellátásáról, továbbá az egészségügyi államigazgatási szerv kijelöléséről szóló 385/2016. (XII. 2.) Kormányrendelet 2. § (1) bekezdés b) pontja biztosítja. A Hivatal illetékessége a fővárosi és vármegyei kormányhivatalokról, valamint a járási (fővárosi kerületi) hivatalokról szóló 568/2022. (XII. 23.) Korm. rendelet 2. § (1) bekezdésén alapul.

A termőföld mennyiségi védelmére vonatkozó szakkérdés vonatkozásában a termőföld védelméről szóló 2007. évi CXXIX. törvény 7. § (1) bekezdésében, valamint a földművelésügyi hatósági igazgatási feladatokat ellátó szervek kijelöléséről szóló 383/2016. (XII.2.) Korm. rendelet 1. § e) pontjában és 37. § (1) bekezdésében 3. § (3) bekezdésének b) pontjában foglaltak alapján járt el a Hivatal.

A kulturális örökség védelmére vonatkozó szakkérdés vonatkozásában a kulturális örökség védelmével kapcsolatos szabályokról szóló 68/2018. (IV.9.) Korm. rendelet 3. § (1) bekezdés a) pontján, illetékességem a fővárosi és vármegyei kormányhivatalokról, valamint a járás (Fővárosi kerület) hivatalokról szóló 568/2022 (XII.23.) Korm. rendelet 2. § (1)-(2) bekezdései alapján járt el a Hivatal

A termőföldre gyakorolt hatások vizsgálatára vonatkozó szakkérdés tekintetében a földművelésügyi hatósági és igazgatási feladatokat ellátó szervek kijelöléséről szóló 383/2016. (XII. 2.) Korm. rendelet 52. § (1) bekezdése és 14. § (4) bekezdése, 11. § (1) bekezdése, 12. § (5) bekezdése és az 2. számú melléklete alapján járt el a Hivatal.

Az egységes környezethasználati módosítási eljárás igazgatási szolgáltatási díjának jogalapját a környezetvédelmi és természetvédelmi hatósági eljárások igazgatási szolgáltatási díjairól szóló 14/2015. (III.31.) FM rendelet 3. számú melléklet 4. pontjai figyelembevételével állapítottam meg.

A határozatomat megküldöm a Kámi Közös Önkormányzati Hivatal Jegyzője részére a Kormányrendelet 21. § (8) bekezdése alapján közhírré tétel céljából.

Határozatomat a fenti jogszabály helyek mellett az Ákr. 80. § (1) és 81. § (1) bekezdéseire figyelemmel hoztam meg.

Határozat elleni jogorvoslatról szóló tájékoztatást a környezet védelmének általános szabályairól szóló 1995. évi LIII. törvény 71/A. §-a, a környezeti hatásvizsgálati és az egységes környezethasználati engedélyezési eljárásról szóló 314/2005. (XII. 25.) Korm. rendelet 26/A.§-a és az általános közigazgatási rendtartásról szóló 2016. évi CL. törvény (a továbbiakban: Ákr.) 116-118.§ -ai alapján biztosítottam.

A jogorvoslati eljárás illetékének mértékét az illetékekről szóló 1990. évi XCIII. törvény (továbbiakban: Itv.) 29. § (2) bekezdése alapján állapítottam meg.

A Vas Vármegyei Kormányhivatal hatáskörét a természetvédelmi hatósági és igazgatási feladatokat ellátó szervek kijelöléséről szóló 625/2022. (XII. 30.) Kormányrendelet 6. § (1) bekezdés c) pontja, és a környezetvédelmi hatósági és igazgatási feladatokat ellátó szervek kijelöléséről szóló 624/2022. (XII. 30.) Korm. Rendelet 5 § (1) c) pontja; illetékességét a fent megjelölt kormányrendeletek 2. § (1) bekezdése határozza meg.

A kiadmányozás joga a Vas Vármegyei Kormányhivatalt vezető Főispán kiadmányozás rendjéről szóló 3/2023. (II. 3.) számú utasítás III. fejezet (12. a.) pontja alapján került átruházásra.

Szombathely, elektronikus időbélyeg szerint

Vámos Zoltán
főispán
nevében és megbízásából

Bencsics Attila
főosztályvezető

A határozatot kapja:

1. Zero Waste Group Kft.
2. dr. Reichert Péter ügyvéd
3. Szemenye Község Önkormányzata
4. Szabályozott Tevékenységek Felügyeleti Hatósága
5. Vas Vármegyei Kormányhivatal Tűzvédelmi, Iparbiztonsági és Vízügyi Hatósági Főosztály
6. Vas Vármegyei Kormányhivatal Népegészségügyi Főosztály
7. Vas Vármegyei Kormányhivatal Földhivatali Főosztály Földhivatali Osztály 6.
8. Vas Vármegyei Kormányhivatal Építésügyi és Örökségvédelmi Főosztály Építésügyi Osztály 1.
9. Vas Vármegyei Kormányhivatal Agrárügyi Főosztály Növény- és Talajvédelmi Osztály
10. Vas Vármegyei Kormányhivatal Agrárügyi Főosztály Erdészeti Osztály
11. Kámi Közös Önkormányzati Hivatal Jegyzője